

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Das Ergebnis der Reichstagswahl

Die Wahl vom 5. März kann nicht mit einer früheren verglichen werden, denn sie fand unter ganz außergewöhnlichen Umständen statt, die den oppositionellen Parteien mehr oder weniger nachteilig waren. Einerseits stand den beiden Regierungsparteien, den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen, die ganze Staatsmacht und alle wirksamen Propagandamittel, wie Presse, Versammlung und Radio, zur Verfügung. Andererseits war den oppositionellen Parteien, besonders der sozialdemokratischen und der kommunistischen, die Presse ganz oder teilweise verboten, ihren Rednern das Auftreten vielfach untersagt, ihre Flugblätter und Plakate oft beschlagnahmt, in einer Anzahl ihrer Häuslichkeiten wurde gehaust, von den Belästigungen und Bedrohungen oppositioneller Persönlichkeiten gar nicht zu reden. Zu alledem kam der Brand des Reichstagsgebäudes, der die Verwirrung steigerte und starke Haufen politisch sonst nicht in Erscheinung tretender Wähler mit einem „nationalen“ Zettel an die Urne trieb.

Einen derartigen Wahlkampf hatte Deutschland noch nie gesehen, und infolgedessen auch nicht ein derartiges Ergebnis: Von den 44,4 Millionen Stimmberechtigten haben fast 90 vH ihrer Wahlpflicht genügt. Die Nationalsozialisten erhielten im Reich 43,9 vH der Stimmen gegen 33,1 vH im November 1932. Die mit ihnen verbündete Kampffront Schwarz-Weiß-Rot erhielt 8,0 vH gegen 8,3 vH. 17,2 Millionen Männer und Frauen haben für die Nationalsozialisten gestimmt. Sie sind mit 288 Abgeordneten von insgesamt 647 die weitaus stärkste Partei des Reichstags. Mit den 52 Abgeordneten der Hugenberggruppe verfügen sie über die absolute Mehrheit.

Die Sozialdemokratische Partei erhielt 7.176.000 Stimmen gegen 7.247.000 im November 1932. In Preußen war der Rückgang der SPD stärker als im Reich. Man kann daraus schließen, daß das Verbot der Presse und der Versammlungen sich hier entsprechend ausgewirkt hat. Im Reichstag ist die SPD noch immer die zweitstärkste Partei mit 120 Mandaten geblieben. Sie hat nur ein Mandat verloren. Gewiß ist ihr von dem Zustrom der neuen Wähler nichts zugekommen. Allein die SPD hatte, wie weiter oben dargelegt, Sturm und Wetter im Gesicht. Trotzdem ist die Dezimierung der Sozialdemokratie auch diesmal nicht gelungen. Ihre Anhängerschaft hat aufs neue bewiesen, daß sie sich durch nichts, aber auch gar nichts von ihrer politischen Gesinnung abbringen läßt.

Die kommunistische Mandatszahl sank von 100 auf 81, die des Zentrums stieg von 70 auf 73, während die ihm verwandte Bayerische Volkspartei einen Sitz einbüßte. Die kleinen Parteien haben abermals vergeblich gehofft. Vielleicht dämmert es ihnen endlich, daß sie ein für allemal ausgespielt haben. Sie sollten ihre Särge mit dem arg verkülzten Inhalt nicht mehr öffnen.

Diese Wahl sollte der „nationale Aufbruch“ sein. Das ist sie denn auch, zahlenmäßig wenigstens, gewesen. Ihr hervorstechendstes Merkmal ist die Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen in süddeutschen Bezirken, vornehmlich in Bayern. So verschieden man auch das Woher dieses erstaunlichen Emporschnellens der national-

sozialistischen Flut deuten kann, man hat sich mit ihr als Tatsache abzufinden. Sie birgt jedenfalls den Vorzug, klare Verhältnisse in Gesetzgebung und Regierung zu schaffen. Die Verantwortung liegt fortan ganz eindeutig. Die beiden Regierungsparteien verfügen über eine absolute Mehrheit; sie können daher allein alle gesetzgeberischen Maßnahmen beschließen.

Das Problem der Probleme ist die Wirtschaftskrise oder die Arbeitslosigkeit. Sie ist der Prüfstein jeder Regierung. Welche immer an diesem Problem ausweichen wollte, hätte den Start im Rücken. An diesem Problem ist weder mit Redekunst noch mit Versprechen vorbeizukommen. Man kann die Parteien oder Regierungen, die früher regiert haben, der Tatenlosigkeit und der Schlamperei anklagen, man kann ihre Versammlungen behelligen und ihre Stimmen ersticken, man kann ihre Organisationen schließen und man kann Gleichaltriges noch mehr tun — aber mit alledem ist das große Übel noch nicht behoben. Es steht nach wie vor unbeschworen, dräuend und zieht noch mehr Menschen in Mitleidenschaft.

Auf die Beseitigung des großen Übels, oder doch auf einen ernstlichen Versuch, es zu beseitigen, warten alle Volksschichten, insbesondere jene, die mit einem „nationalen“ Stimmzettel zur Urne gegangen sind. Sie haben meist den Glauben an die gegenwärtige Wirtschaftsordnung verloren; die antikapitalistische Sehnsucht hat Millionen Bürger übermannt. Auf der Suche nach Hilfe und Erlösung sind sie bei den zwei Regierungsparteien angelangt. Von diesen erwarten sie nun, was ihnen die früheren Regierungsparteien nicht gebracht haben. Diese Volkskreise glauben Hilfe und Erlösung von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen jetzt bestimmt erwarten zu dürfen, weil diese beiden Parteien ja allein entscheidend sind und weil sie tausendfältig Heil und Rettung versprochen haben.

Der Weg zu Heil und Rettung ist für die Nationalsozialisten und Deutschnationalen seit dem 5. März ganz frei. Der „nationale Aufbruch“ hat ihnen die Alleinherrschaft gebracht. Für die beiden Parteien ist nun, wie wir glauben, die Zeit gekommen, ihre Kunst zu zeigen, nicht bloß auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern bald auch auf außenpolitischem. Alle Volkskreise warten auf die versprochenen Taten, auf Heil und Rettung.

	Stimmen	Mandate
Nationalsozialisten	17 265 823 (11 737 015)	288 (196)
Sozialdemokraten	7 176 505 (7 247 959)	120 (121)
Kommunisten	4 845 379 (5 980 163)	81 (100)
Zentrum	4 423 161 (4 109 768)	73 (70)
Kampffrt. Schw.-weiß-rot	3 132 715 (2 959 051)	52 (51)
Bayrische Volkspartei	1 072 893 (1 215 473)	19 (20)
Deutsche Volkspartei	432 105 (661 794)	4 (11)
Christl.-Soz. Volksdienst	384 263 (403 674)	4 (5)
Staatspartei	333 487 (336 451)	5 (2)

Die Vergleichszahlen beziehen sich auf die Reichstagswahl vom 6. November 1932

Um die Gewerkschaften

Während des Reichstagswahlkampfes und nach ihm wurde und wird die künftige Stellung der Gewerkschaften erörtert. Zur Unterrichtung unserer Leser lassen wir einige dieser Äußerungen folgen.

Reichsminister Göring erklärte in einem Interview mit einer schwedischen Zeitung, die Regierung werde keine marxistische Propaganda tolerieren, und schon aus diesem Grunde sei anzunehmen, daß für die Dauer keine sozialistischen Gewerkschaften toleriert werden können. Man wolle durchaus nicht die Fachorganisationen ausröten. Deutschland solle eine geeinigte nationale Gewerkschaftsbewegung haben, ungefähr wie die italienische.

In einem gewissen Gegensatz dazu steht eine Bemerkung der Kreuzzeitung, des Organs des „Stahlhelm“, in dessen Stellungnahme zum Wahlausgang. Sie lautet: „Die nationale Regierung wird nicht ein Weimar von rechts schaffen, wie wird sich nicht nach irgendwelchen ausländischen Vorbildern richten, sondern einen kraftvollen eigenständigen deutschen Staat bauen.“

Vizekanzler Papen hat in einer in Mülheim gehaltenen Rede ebenfalls die Gewerkschaftsfrage gestreift. Er erklärte, wenn die Gewerkschaften die Zeichen der Zeit anzuerkennen bereit seien und sich von der Politik freimachen würden, dann könnten sie ein starker Pfeiler in der neuen Volksbewegung werden, die für immer das Chaos des Klassenkampfgedankens beseitigen werde. Die Zerschlagung der Gewerkschaften sei keineswegs ein erstrebenswertes Ziel.

Der gleichen Sache widmen die Deutschen Führerbriefe (vom 7. März) zwei ganze Spalten. Nachdem sie ver-

schiedene Absichten oder Vorschläge, die Gewerkschaften „in den Staat einzugliedern“ angeführt und zum Teil verworfen haben, kommen die „Führerbriefe“ zu dem Schluß:

„Die Gewerkschaften stehen heute teils haßerfüllt abseits, teils sind sie verwirrt und teils aufgelockert. In ihren Kreisen wird hier und da befürchtet, daß sie von dem neuen politischen System verworfen werden und einem Gemeinschaftsbau von Arbeitskammern nach faschistischem Muster Platz machen müssen. Wir sind der Ansicht, fahren die „Führerbriefe“ fort, daß man die Dinge am falschen Ende anpacken würde, wenn man ein Arbeitskammersystem der Arbeiterschaft im Kampfe aufzwingen würde. Das ist auch nicht nötig. Die klugen und loyalen Wendungen, die Papen bei seinen letzten Reden gegenüber den Gewerkschaften und vor allem dem DHV gebrauchte, sind sehr beachtet worden und können die ersten Pfeiler zu einer Verständigungsbrücke sein. Andererseits bieten die Frische und Schwungkraft der nationalsozialistischen Bewegung sowie ihre große Volksnähe und ihr Vertrautsein mit den Massenproblemen sehr wertvolle Hilfen, um ernsthaft mit der Arbeiterschaft zusammen zu kommen...“

Diese Äußerungen oder Absichten sprießen, wie uns dünkt, aus einer irrigen Auffassung von dem Wesen, der wirtschaftlichen Bedeutung und dem Daseinszweck der Gewerkschaften. Das gilt auch von der Meinung des Herrn von Papen, durch irgendeine Umbildung der Gewerkschaften werde „das Chaos des Klassenkampf-

gedankens“ beseitigt. Die Klassen waren lange vor den Gewerkschaften da und auch der Kampf zwischen ihnen. Wie die Unternehmerklasse sich in Arbeitgeberverbänden, Kartellen, Syndikaten usw. vereinigte, so haben die Gewerkschaften die andre Klasse, die Lohnarbeiterschaft, vereinigt und deren Interessen vertreten. Und diese Interessenvertretung, der Klassenkampf also, war und ist nichts als die Folge des Klassenkampfes des Unternehmertums.

Die Gewerkschaften haben nur den Klassenkampf, das ist der Streit um die Lohnhöhe, in geordnete Formen gebracht. Außerdem haben die Gewerkschaften Unterstützungseinrichtungen geschaffen, um ihre Mitglieder in wirtschaftlichen Regentagen über Wasser zu halten. Sie haben dadurch eine sehr bedeutsame menschliche und sozialpolitische Mission erfüllt. Würde nun in diese segensreiche Tätigkeit von außen eingegriffen, würde sie gestört oder umgezwängt werden, so wäre für den „nationalen Staat“ nichts gewonnen als neue Aufgaben und Lasten, und auch das „Chaos des Klassenkampfgedankens“ wäre bestimmt nicht beseitigt, sondern verschlimmert. Anstatt des geordneten Klassenkampfes, lies Lohnstreit, würde wahrscheinlich ein ungeordneter Streit zwischen den Klassen aufhört, solange die Klassen bestehen, und daß zweitens sich die Arbeiter die Arbeitsbedingungen wortlos diktieren lassen, weil sie das, selbst wenn sie wollten, nicht könnten, sofern sie wie Menschen einigermaßen leben wollen und die Kaufkraft nicht auf Bankrottiefe herabgehen soll.

Nun noch etwas anderes. Der Aufstieg der Gewerkschaften fällt zusammen mit der Ausbreitung des industriellen Rufes Deutschlands in der Welt. Noch Anfang der 1890er Jahre wurde „Made in Germany“ mit „Billig und schlecht!“ buchstabiert. Das hat sich allgemach geändert, und zwar in dem Maße, wie die deutschen Gewerkschaften für die geistige, wirtschaftliche und seelische Besserung der Arbeiter sorgten. Der mühseligen Erziehungs- und Bildungsarbeit der Gewerkschaften ist es in äußerst hohem Maße zu verdanken, daß in Deutschland hochwertige Erzeugnisse hergestellt werden und in der Welt werben. Es haben somit die deutschen Gewerkschaften bedeutend mehr, als gemeinlich zugestanden wird, für das industrielle und sonstige Ansehen Deutschlands beigetragen.

Das industrielle wie politische Ansehen Deutschlands in der Welt ist heute und künftig noch viel nötiger als je. Wer daran zweifeln sollte, der braucht nur die ausländische Presse der letzten Wochen zu mustern, von der neuen Krisenwelle, die jetzt in Amerika ausgebrochen ist und von dem sich in Genf beängstigend häufenden Konfliktsstoff ganz zu schweigen. Dies sollten auch die deutschen Kreise bedenken, die auf den Weltmarkt angewiesen sind, und die Leute, die die Folgen des weltpolitischen Chaos zu meistern haben.

In den deutschen Gewerkschaften ist die Elite der Arbeiterschaft vereinigt. Von ihrer Arbeitsfreude, ihrem Berufsstolz und der Hingabe ans Werk hängt außerordentlich viel für die deutsche Zukunft ab. Diese Elite hat sich selbst Organisationen geschaffen, um die Arbeiter geistig wie beruflich und körperlich gesund zu halten, wozu in erster Linie der Kampf um bessere Löhne gehört. Hiervon haben alle Volksschichten profitiert, der Staat besonders.

Die organisierten Arbeiter haben ihre Mission erfüllt, ohne Dank dafür von anderen Schichten zu erwarten und ohne Dank zu ernten. Die organisierten Arbeiter werden dessenungeachtet ihre Mission weiter erfüllen. Das aber kann nur geschehen, wenn diese Mission nicht durch Eingriffe oder Drohungen gestört und wenn ihnen die Freiheit nicht beeinträchtigt wird, ihr Werk so fortzuführen, wie sie es für ratsam halten.

Große Werke gedeihen nicht ohne Hingabe und Freiheit. Wo beide fehlen, fehlt auch das Werk. Und Hingabe und Freiheit sind nicht durch Bevormundung oder Zwang zu ersetzen. Binsenwahrheiten, gewiß, aber offenbar noch nicht allerwärts bekannt.

Die „Geldbeutel-Interessen der Industrie“

Der Geschäftsbericht des Reichslandbundes für 1932 wurde noch in einem Zeitpunkt abgeschlossen, als seine weitestgehenden Wünsche noch nicht erfüllt wurden. Die Zufriedenheit wegen des Vollstreckungsschutzes, der der Landwirtschaft kürzlich gewährt wurde, konnte daher in diesem Bericht noch keinen Ausdruck finden. Die Genugtuung darüber wurde erst außerhalb des Geschäftsberichts im Organ des Reichslandbundes ausgesprochen, das den endlich gewährten „echten“ Vollstreckungsschutz begrüßte und dabei als besonders erfreulich bezeichnete, daß jetzt auch schon der Hinweis auf den allgemeinen Preissturz (und nicht wie früher der auf einen besonders starken Preissturz bei bestimmten Produkten) zum Vollstreckungsschutz ausreicht. Es scheint sogar, daß der Landbund vor seinem Glück etwas Angst hat, da er die Landwirte bei aller seiner Freude über die Erfüllung seiner Wünsche mahnt, vom Vollstreckungsschutz nur in dem unbedingt notwendigen Umfang Gebrauch zu machen, „damit unnötige Störungen des Wirtschaftsablaufs unterbleiben“. Man muß sich fragen, ob die Landwirte diese Mahnung beherzigen werden.

Zunächst ist in den mittelständischen Kreisen der Gläubiger der Landwirte die Angst vorherrschend sie würden ihre Forderungen nicht erhalten, was sie zwingen würde, ihre eigene Pro-

Karl Marx und die Gewerkschaften

Zum fünfzigsten Todestag des großen Sozialisten

Der 14. März 1933 ist für die sozialistischen Gewerkschaften der ganzen Welt ein hoher Feiertag. An diesem Tage begehen sie mit den sozialdemokratischen Bruderparteien eine Erinnerungsfeier an Karl Marx, der vor 50 Jahren am 14. März 1883 in London gestorben ist. Karl Marx hat in den Arbeitern das Verständnis für die Bedeutung der Gewerkschaften in dem Befreiungskampf der Arbeiter entwickelt. Schon bevor der Gründer der liberalen Gewerkschaften, Dr. Max Hirsch, mit seiner „Entdeckung“ der Trade Unions heimkam, hatte Karl Marx in der Entschließung des Genfer Internationalen Kongresses 1866 die Grundlinien für ein großzügiges gewerkschaftliches Programm ausgearbeitet, dessen sozialistische Idee, die Gewerkschaften zu Brennpunkten der sozialistischen Organisation zu machen, später begeistert angenommen wurde. Fürwahr, es lag etwas Prophetisches in dieser Marxschen Resolution.

Karl Marx hatte als erste wirtschaftlich-soziale Notwendigkeit für die Arbeiterklasse die Befreiung von jeder obrigkeitlichen Gängelung empfunden. Und diese Befreiung war in einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung gegeben. „Königlich preussische Regierungsunterstützung“, so hatte Marx am 18. Februar

sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen. Zu der Einsicht ist die größere Masse der Arbeiter gelangt, daß die materielle Lage gebessert werden muß; mögen sie einer Partei angehören, welcher sie wollen. Wird nun aber die materielle Lage gebessert, dann kann er sich mehr der Erziehung seiner Kinder widmen. Frau und Kinder brauchen nicht in die Fabrik zu wandern, er selbst kann seinen Geist mehr pflegen, er wird dann Sozialist, ohne daß er es ahnt.“

Den Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, den Kampf um Lohn und um Arbeitszeit, wies Karl Marx den Gewerkschaften zu; aber damit wollte er durchaus nicht den Aufgabenkreis der Gewerkschaften abgeschlossen wissen. In seiner Genfer Gewerkschaftsresolution 1866 sprach er sich klar über die zwiefache Aufgabe der Gewerkschaften aus. „Das unmittelbare Ziel der Gewerkschaften“, so heißt es dort, „beschränkt sich daher auf die Erfordernisse des Tages, auf Mittel der Abwehr gegen die unaufhörlichen Übergriffe des Kapitals, mit einem Worte, auf Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit. Diese Tätigkeit der Gewerkschaften ist nicht bloß gerechtfertigt, sie ist notwendig. Man kann ihrer nicht entraten, so lange die heutige Produktionsweise besteht. Im Gegenteil, sie muß verallgemeinert werden durch die Gründung und Zusammenfassung von Gewerkschaften in allen Ländern. Auf der anderen Seite sind die Gewerkschaften, ohne daß sie sich dessen bewußt wurden, zu Brennpunkten der Organisation der Arbeiterklasse geworden. Wenn die Gewerkschaften unumgänglich sind für den täglichen Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit, so sind sie noch weit wichtiger als organisierte Förderungsmittel der Aufhebung des Systems der Lohnarbeit selbst.“

Auf gerade dieses große Ziel: die vollständige Befreiung der Arbeiterklasse setzte er den Gewerkschaften für die Zukunft. Sie sollten eben revolutionäre Vorkämpfer und Vertreter der ganzen Arbeiterklasse werden. Nach der Ansicht von Karl Marx ging der Kapitalismus einer unvermeidlichen und schnellen Katastrophe entgegen, die von ihm wiederholt sogar auf einen recht nahen Termin gelegt war. Angesichts dieser Erwartung konnte er das Gebiet der praktischen Reformtätigkeit der Gewerkschaften nicht weit stecken. Er sah den Teil des Kapitals, der in Maschinen, Rohmaterialien, Gebäuden angelegt war, riesenhaft wachsen — wachsen vor allem auf Kosten des Kapitalteils, der für lebendige Arbeit, für Einstellung von Arbeitern verwendet werden soll. Die Nachfrage nach Arbeit hielt deshalb nach seiner Ansicht mit der Ansammlung an Kapital nicht Schritt.

Das Horoskop, das Karl Marx im Jahre 1865 der kapitalistischen Wirtschaft stellte, hat sich nicht erfüllt. Trotz der gigantischen Zunahme des in Maschinen umgesetzten Kapitalteils nahm in den kommenden Jahrzehnten die Nachfrage nach Arbeitern noch ganz gewaltig zu, und die befürchtete Lohnsenkungstendenz setzte sich in den Jahren des aufblühenden imperialistischen Hochkapitalismus nicht durch. Aber selbst wenn sich diese Tendenz im vollen Umfang Geltung verschafft hätte, so hätte Marx nur zu einem verstärkten Ausbau der Gewerkschaften geraten. Marx wirft selbst in seinem Vortrag „Lohn, Preis und Profit“ die Frage auf: Soll etwa bei einer solchen Lohnsenkungstendenz die Arbeiterklasse ihren Widerstand gegen die Übergriffe des Kapitals aufgeben und von den Versuchen absteigen, die gelegentlichen Möglichkeiten zu zeitweiligen Verbesserungen bestens auszunutzen? Und er beantwortet sie klar und deutlich: „Täte sie dies, so würde sie zu einer unterschiedslosen Masse rettungslos gebrochener Hungerleider herabsinken.“ Eine sehr aktuelle, eindringliche Mahnung in unserer Zeit der Lohnsenkungen.

Seit dem Tode von Karl Marx hat sich das Programm der Gewerkschaften wesentlich erweitert und vertieft. Eine durchgreifende Arbeitsteilung zwischen den Gewerkschaften und der politischen Partei hat sich vollzogen. Aber die Grundrichtung der freien Gewerkschaftsbewegung ist ebenfalls sozialistisch geworden. Sie findet sich mit Marx in dem Gedanken zusammen, „ihre organisierte Kraft als einen Hebel für die endgültige Emanzipation der arbeitenden Klassen, das heißt für die endgültige Abschaffung des Lohnsystems, zu gebrauchen.“ Paul Kampffmeyer.



1865 dem Führer der Lassalleaner, J. B. von Schweitzer, erklärt, „ist als ökonomische Maßregel null“ — denn sie wird stets in Zwergdimensionen erfolgen, „während zugleich dadurch das Vormundenschaftssystem ausgedehnt, ein Teil der Arbeiter bestochen und die Bewegung entmannt wird“.

Vielleicht waren die ersten, wenig versprechenden Resultate der Lassalleianischen Bewegung, die Marx veranlaßten, ein gewisses Mißtrauen den politischen Parteien entgegenzubringen, vielleicht war es auch das Beispiel der englischen Arbeiterbewegung, in der gewerkschaftliche Organisationen die Träger politischer Forderungen, der Wahlrechtserweiterung und der Parlamentsreform waren, das ihn bewog, den Gewerkschaften die sozialistische Klassenpolitik zu übertragen; kurz, er schwächte sehr beträchtlich die politische Bedeutung der politischen Arbeiterparteien ab. Im Herbst 1869 unterhielt sich Marx in Hannover mit einer Deputation lassalleianischer Arbeiter. Unter ihnen befand sich der Kassierer der allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Schaft, Hamann. Marx sagte damals:

„Niemand dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Zusammenhang gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt es, ihnen den Todesstoß zu geben. Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen da tagtäglich der Kampf vor Augen geführt wird. Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, begeistern die Arbeiter nur eine Zeitlang vorübergehend, die Gewerkschaften hingegen fesseln die Massen der Arbeiter auf die Dauer, nur sie

duktion einzuschränken. Auch machen sie geltend, daß sie ihren eigenen Verpflichtungen nicht nachkommen können, wenn sie ihre Forderungen nicht einzutreiben vermögen, so daß bereits in diesen Kreisen Wünsche nach Gewährung eines ähnlichen Schuldnerschutzes, wie er der Landwirtschaft gegeben wurde, geäußert wurden, Wünsche, deren Erfüllung das ganze Kreditwesen lahmlegen müßte.

Um auf den Geschäftsbericht des Landbundes für 1932 zurückzukommen, so ist er noch auf den Ton der Entrüstung abgestellt, daß die Wünsche des Reichslandbundes nach Einführung von Kontingenten, Zollerhöhungen usw. nicht voll erfüllt wurden. Schuld daran sei die Exportindustrie, die gegen die Kontingente „aufheulte“ und zu deren Gunsten von der hundertprozentigen Erfüllung der Wünsche abgesehen wurde. Deshalb wird die Exportindustrie mit nicht gerade schmeichelhaften Ausdrücken bedacht. An einer Stelle heißt es: Die Landwirtschaft sei zugunsten der allmächtigen „Geldbeutelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten ausgeplündert worden“. Da nun bekanntlich die meisten Exportindustrien gleichzeitig das Inland beliefern bzw. die das Inland beliefernden Industrien auch exportieren, so erstreckt sich die Anklage, logischerweise auf die gesamte deutsche Industrie.

In der Tat wird an die Adresse von solchen Industriezweigen, wie die chemische und verwandte Industrien und die Maschinenindustrie, die eben nicht nur Ausführungsindustrien sind, Liebeshörigkeit gesagt, wie zum Beispiel, daß sie es auf die verschiedenste Art verstanden haben, „für sich eine stattliche Reihe von Vorteilen herauszuholen“. IG Farben und der Verein deutscher Maschinenbauanstalten haben, so heißt es im Bericht, erfolgreich in dieser Hinsicht „gearbeitet“. Die Hetze der Exportindustrie gegen die landwirtschaftlichen Kontingente stelle, sagt der Reichslandbund, einen wirtschaftlichen Landesverrat dar, den sich die Exportindustriellen zu schulden kommen ließen.

Bei der bisherigen starken Solidarität zwischen Großgrundbesitz und Großindustrie sind diese Ausfälle des Landbundes beachtenswert. Möglicherweise gehören diese Anschuldigungen der Vergangenheit an, so daß die Großindustrie ihrerseits verzichtet wird, den Ball zurückzuwerfen und den Reichslandbund des wirtschaftlichen Landesverrats zu bezichtigen, da er gegen die Zollbegünstigungen der Industrie so scharfe Worte fand, die möglicherweise im Auslande ungünstigen Eindruck machen.

Erwähnt sei aus dem Geschäftsbericht die Forderung des Landbundes, daß die Reichswohlfahrtsbehörde für Arbeitslose „mindestens den veränderten Verhältnissen angepaßt werde“. Es muß Befremden erregen, wenn der Landbund, der alles, aber wirklich alles vom Staat erwartet, die kärglichen Wohlfahrtsunterstützungen der Arbeitslosen herabgesetzt wissen will. Im Hinblick auf den Freiwilligen Arbeitsdienst stellt der Landbund die Forderung auf, daß Arbeiten zur Hebung der Volksgesundheit zurückgestellt werden sollen und die Arbeitsdienstwilligen der Großstädte und der Industriebezirke auf das platte Land hinausgeführt werden, um dort Landeskulturarbeiten zu verrichten. Für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit hat der Landbund nicht viel übrig.

Die Gewerkschaften stehen aufrecht

Die Gewerkschafts-Zeitung, das Blatt des ADGB, nimmt in ihrer neuesten Nummer zum Ausgang der Reichstagswahlen Stellung. Sie macht darauf aufmerksam, daß das Reichskabinett Hitler-Papen-Hugenberg im Reichstag über eine unantastbare regierungsfähige Mehrheit gebietet. Vom Reichspräsidenten berufen, sei die Regierung vom Votum des Volkes bestätigt. Nach den Formen der Verfassung zur Macht erhoben, könne sie ihre Macht vollkommen legal gebrauchen, und es seien in der Öffentlichkeit Stimmen laut geworden, die, anknüpfend an diesen verfassungsmaßigen Tatbestand, daran erinnerten, daß diese der Regierung gegebenen Möglichkeiten eine Verpflichtung einschließen. Die Regierung könne im Reichstag ohne die Mühe und den Zeitverlust umständlichen Verhandeln jedes Gesetz zur Annahme bringen, das keinen verfassungsändernden Charakter habe. Sie könne zum Beispiel Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf normalem gesetzlichem Weg bewirken, so durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Arbeitsbeschaffung, durch Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes.

Dann fährt die Gewerkschafts-Zeitung fort: „Die deutschen Gewerkschaften aber werden auch weiterhin, unabhängig von Parteien und Parteikonstellationen, ihre Pflicht erfüllen, die Pflicht, die ihnen auferlegt ist durch das Vertrauen ihrer Mitglieder, des Kerns der Arbeiterschaft. Unsere Betriebsratkonferenz am 22. Januar, der Ausgang der Betriebsratwahlen in den letzten Wochen und steigende Mitgliederzahlen zeugen davon, daß der Fundus an Vertrauen, auf dem die Kraft der Gewerkschaften beruht, unangestastet geblieben, ja im letzten Jahre den widrigsten Umständen das Trotz neu befestigt worden ist. Und die Abschlüsse umfassender Tarifverträge, wie im Bergwerke und in der Textilindustrie, beweisen, daß die Gewerkschaften auch unter den schwierigsten Umständen ihren Dienst zum Wohl des arbeitenden Volkes versehen. Sie stehen aufrecht in den Stürmen unserer Tage. Sie leben nach ihren eigenen inneren Gesetzen, erfüllen ihre eigenen, ihrem Zweck entsprechenden Aufgaben. Getragen von dem Vertrauen der Arbeiter und Arbeiterinnen, werden sie auch in Zukunft eintreten für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftspolitische Vernunft.“

Der Druck auf Seldte

Die industriellen Scharfmacher, die den politischen Umschwung in Deutschland lebhaft begrüßen, glauben schon jetzt den neuen Reichsarbeitsminister davor warnen zu müssen, irgendwelche Konzessionen zu machen. In der Bergwerks-Zeitung Nr. 40 wird eine Attacke gegen den Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium Dr. Sittler geübt. Daß Sittler mit die früher im RAM tätigen Personen ihr eigenes Werk verteidigen, sei natürlich. „Aber“, fährt das schwerindustrielle Blatt fort, „nicht natürlich ist es, wenn ein Minister der grundsätzlichen Staatsführung wie Franz Seldte, sich etwa von dem Gedanken wegsetzen läßt, daß der Stahlhelm zur Hälfte oder zu einem noch höheren Prozentsatz aus Arbeitnehmern besteht, die man nicht vor den Kopf stoßen dürfte. Dann würde Franz Seldte als ein Kollektivist, als ein dienendes Glied eines Verbandes handeln, nicht aber als ein souveräner Beherrscher der Materie seines Ressorts und ihrer Problematik. Es steht unzweifelhaft viel auf dem Spiele. Persönliche Rücksichten scheiden in diesem Augenblicke völlig aus. Es geht darum, ob der soziale Gedanke in seiner geistigen Verknüpfung, das heißt als unantastlicher Anspruch auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ohne eine Gegenseitigkeit und als sozialpolitische Reglementierung, in Deutschland Geltung haben soll, oder ob der soziale Gedanke den tüchtigen Menschen fesseln und es dem tüchtigen Menschen überlassen, möglichst viele andere Menschen in Lohn und Brot zu setzen.“

Zur Beachtung!

Die Metallarbeiter-Zeitung war durch Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten bis zum 15. März verboten. Die dagegen eingelegte Beschwerde hat das Gericht für unbegründet erklärt.

Ursachen der Wirtschaftsnot

Professor Schmalenbach hat auf der Zusammenkunft der Mitglieder des Treuhandseminars der Universität Köln die gegenwärtige Wirtschaftsnot als eine „Struktur- und Fortschrittsschmerz“ charakterisiert und zu ihrer Überwindung einen vollständigen „Umbau der Wirtschaft“, unter anderem Errichtung von Zwangsstellen, gefordert. Diese Forderungen haben erhebliches Aufsehen hervorgerufen. Da sie im Kern auf den vielzitierten Marxismus hinauslaufen und damit die Behauptung seiner „vierzehnjährigen Mißwirtschaft“ widerlegt wäre, muß sich ein Herr Höhn aus Hagen an führender Stelle der Bergwerkszeitung (Nr. 56) erheblich ab, Schmalenbach zu widersetzen. Die Art, wie dies geschieht, ist lehrreich. Höhn schreibt:

„Nie könnte der Rückgang alles Wirtschaftlichen in einem derartigen Umfang eingetreten sein, wenn nur ein Grund maßgeblich hierfür gefunden werden könnte. In Wirklichkeit liegt das Grundsätzliche-Ursächliche in einem Zusammenstoßen vieler schwerer und weniger schwerer Krankheitserscheinungen und Fehler, also vieler Ursachen, die maßgeblich bestimmend sind auf das Wirtschaftsgeschehen Deutschlands und anderer Nationalwirtschaften.“

In den wirtschaftlichen Schuldposten des Herrn Höhn aus Hagen vermischt man ganz den Marxismus. Das muß dem Herrn wohl bedenklich erschienen sein, denn er macht einige Einschränkungen:

„1. Der Individualismus in Wirtschaftsenten und -handeln, der zum wirtschaftlichen (auch politischen und kulturellen)

Liberalismus führte und zum Anarchismus zwangsläufig führen muß, und

2. der aus den gleichen Wurzeln gewachsene, mit denselben Ursachen begründete wirtschaftsfeindliche Marxismus.“

Das sind nach Höhn „erstrangige“ Ursachen unserer Wirtschaftsnot, zu denen noch „Weltkrieg, wirtschaftsstörende Nachkriegsverträge, Inflation mit ihrer natürlichen Auswirkung einer Deflation, Strukturverschiebungen der politischen und Machtverhältnisse der Völker, Begrenzung des Lebensraumes der deutschen Nation usw.“ kämen. Dazu wäre manches zu sagen. Doch wir wollen nicht mit dem beachtenswert gelehrten Mitarbeiter der schwerindustriellen Bergwerkszeitung anbinden, zumal man die Hoffnung noch nicht aufzugeben braucht, daß er sich mal gründlich mit den Ursachen der Wirtschaftsmisere befaßt, und daß er vor allem lernt, sich klar auszudrücken.

Bedürftige Schulkinder

Nach einer Erhebung der Stadt Berlin im September 1932 über die Zahl der bedürftigen Kinder in den städtischen Schulen waren als bedürftig anzusehen in den Volks- und Sonderschulen 44 vH, in den Mittelschulen 38 vH, und in den höheren Schulen 40 vH. Bei der Erhebung wurde als bedürftig Kinder betrachtet, deren erziehungspflichtige Väter oder Mütter Krisen- bzw. Wohlfahrtsunterstützung erhalten, oder deren Unterhaltspflichtige durch verkürzte Arbeitszeit oder aus anderen Gründen ein so geringes Einkommen haben, daß sie hiervon die Lernmittel für ihre Kinder nicht selbst beschaffen können. Das Elend der großstädtischen Bevölkerung tritt dadurch zutage, daß beinahe die Hälfte der Volksschüler als bedürftig anzusehen sind.

Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelträger-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

(Schluß)

Wir können die Leiche manchmal am Tage bei klarem Wetter vor dem französischen Drahtverhau liegen sehen. Sie wird jeden Tag platter und unscheinbarer.

Wir hätten mehr auf den armen Zeiß achten sollen; aber schließlich töten wir uns damit, daß es vielleicht besser so für ihn ist. Wenn er zurückgekommen wäre, — wer weiß, ob er je wieder aus der Finsternis seines Geistes aufgewacht wäre.

Es sind nur noch wenige von denen, die ausrickten, am Leben. Und wenn ich Adamczik ansehe, kommt manchmal ein stilles Hoffen zu mir wie inneres Leuchten: vielleicht, vielleicht ist es dir doch noch beschieden, zu deiner kleinen Mutter und zu deiner Paula heimzukehren, guter Kamerad... Aber wenn ich das denke, muß ich mich schnell abwenden, um ihn nicht weiter vor mir stehen zu sehen, denn unauflöslich ist wie ein Feuer-mal die Erinnerung an die Abschiedsszene in mir eingegraben...

Wir sind furchtbar dezimiert. Neue Gesichter tauchen auf, neue Namen, sie ziehen farblos, grau in grau, vorüber... versinken in den Trichtern, wieder neue steigen auf, versinken, steigen auf...

Bald, bald wird dein Wort erfüllt sein, Schinder: „Zuschütten müßte man euch, ihr Schweinehund!“

Ach ich bin so müde, so müde... ich möchte endlich, endlich dieses Buch des sinnlosen Sterbens für immer schließen...

Aber dann ist mir zuweilen, als sähe ich eure Kreuze wie Arme winken. Sie ermahnen mich, daß ich nicht müde sein soll, daß ich, der das Leben behielt, weiter eure schrecklichen Leidensstage und Sterbensstunden beschreiben soll, und daß ich nichts vergessen darf: Vergiß das nicht und das nicht und das nicht... weißt du noch, damals... wie wir hungerten und wie wir gequält wurden und wie wir weinten und selten einmal lachten... und wie wir litten und wie wir starben...

Und einer nach dem andern tretet ihr aus euren Gräbern an mich heran: ihr führt mir die Hand... schreib ich auf, unseren letzten Willen: Anklage, Aufschrift, Fluch, Mahnung, Warnung gegen die Kriegsverbrecher aller Nationen, die aufs neue zum Massenmord rüsten...

Ja, tote Kameraden, ich will weiter berichten... ich will nicht müde werden... treu will ich euer Vermächtnis erfüllen als euer Testamentsvollstrecker... denn nur ich allein kann von euch berichten, denn nur ich durfte leben bleiben. Ihr seid alle umgekommen, wie ich es geschilbert habe und wie ich euch mit eurem richtigen Namen nannte, ihr: Kilb, Adamczik, Langer, Minulla, Bumann, Bergschwinger, Meisel, Berberig, Preuß, unser Unteroffizier, und Hargar, unser Leutnant.

Und dann, wenn ich das letzte Wort gesagt habe, dann werdet ihr mir wohl endlich Ruhe geben, ihr, die ihr mir schon ein Dutzend Jahre lang immer wieder nachts in meinen Träumen erscheint, und ihr werdet dann selber schlafen und ruhen können, weil die Lebenden dann von eurem Leiden und Sterben vernommen haben...

Meine Hand zittert, ich kann nicht weiter schreiben, mir ist, als sei mein Inneres von Granaten zerrissen, und nur die Hülle berge noch die Trümmer meines Ichs: Karl Kilb ist tot...

Zwei Tage vor seinem Tode saßen wir noch im Unterstand zusammen. Er zeigte mir einen Brief von einer Nachbarin seiner Mutter, darin stand, daß seine Mutter sehr krank sei...

Karl Kilb wegte still vor sich hin, sein Gesicht war wie ausgelöscht. Ich sagte ihm, er solle Urlaub einreichen; er schüttelte nur müde den Kopf, er wußte: es hat doch keinen Zweck...

Leutnant Röscher hat tatsächlich Meldung über ihn, den Rebellen, eingereicht, und nur dem Umstand, daß die Kompanie solche Verluste gehabt hat, ist es zuzuschreiben, daß Kilb nicht gleich in die Strafkompagnie kam... Vielleicht dachte man ja auch, daß das Schicksal vorarbeiten werde wie bei Paul Schmiedekamp und Engels, die auch gemeldet waren...

Nein, Kilb hätte nie Urlaub bekommen...

Aber am nächsten Tage kam eine Fügung, wunderbar und grausam... Wunderbar, weil sie dem tapferen Menschen ein letztes Scheinglück gewährte, grausam, weil der Tod diese Fügung vorausgesandt hätte, vielleicht in einer letzten barmherzigen, schicksalhaften Anwendung, daß dieser Todgeweihte mit den schönsten Gedanken den letzten Marsch antreten sollte: mit den Gedanken an seine Mutter, die er wiedersehen sollte...

Karl Kilb sollte aus der Feuerlinie gezogen werden, weil er der letzte Ernährer seiner Mutter war... Vielleicht hatte irgend-eine einflußreiche Person Befehl für ihn gesprochen, vielleicht auch war es ein Armeebefehl...

Jedenfalls mußte er eines Mittags zum Leutnant in den Unterstand kommen, wo ihm die Tatsache eröffnet wurde, Karl Kilb wurde bleich und mußte sich hinsetzen.

Es waren nur wenige seiner ehemaligen Kameraden, die ihm in heller Freude die Hände drückten.

Bei dieser Gelegenheit offenbarte sich der herrliche Mensch und Rebell zum letztenmal in seiner ganzen Tiefe; er nahm mich einen Augenblick abseits, zog ein paar Hefte aus dem Tornister, ohne daß es ein anderer sah, und gab sie mir: „Dies ist das Einzige und Beste, was ich dir inzwischen geben kann, Peter,“ sagte er nur, „noch wirst du nicht viel davon verstehen... du darfst sie hier auch niemand lesen lassen... es könnte die schlecht bekommen.“ — Es waren Schriften von Lassalle, Friedrich Engels und Karl Marx. Jetzt weiß ich auch, warum er damals, als er mir den Namen des Rheinländers sagte, von einem „schönen Namen“ sprach...

Bis zu meinem Tode werde ich stolz darauf sein, daß dieser kühne Mensch und Kämpfer mich in sein Vertrauen zog, jetzt, in der Stunde des Abschieds...

Es war eine ruhige Stellung: Abends, als die Küche zurückfuhr, ließ Karl Kilb sich, weil es über viele Einschlaglöcher ging, festschnallen, um nicht beim Schaukeln herunterzufallen... „Macht's gut,“ waren seine letzten Worte, „ich komme zurück zu euch, ich bin hier notwendiger als zu Haus. Will nur einmal bei meiner Mutter nach dem Rechten sehen.“

Dann zog er sich den Helm tief über die Augen und sprach kein Wort mehr... An der Ecke — die Küche konnte nachweisweise nicht an der Ecke heran, weil sie in den Ausgang einer Schlucht mündeten —, an der Ecke reckte er uns noch einmal hoch die Faust entgegen, und mir war, als sähe ich ihn lächeln, vielleicht war es aber auch nur ein Schatten, der über sein Gesicht fuhr, vielleicht schon der Schatten des Todes, der mit ihm fuhr... neben ihm saß...

Als sie Kilb abschnallen wollten, saß er mit vornübergeknicktem Kopf da; der Helm lag fast auf der Nase...

Sie rüttelten ihn, weil sie glaubten, er sei eingeschlagen, hielten das Ganze gar noch für einen guten Scherz...

Sie schnallten ihn ab, er fiel ihnen tot entgegen; der Splitter einer verirrten Granate hatte ihn durch den Helm in die Schläfe getroffen, so hat man uns berichtet... um seinen Mund lag alle Verantwortung einer freien Seele.

O wie grausam, wie unsagbar grausam bist du, Schicksal, daß ich noch leben muß, und nur euer Vermächtnis, tote Kameraden, ist es, das mir noch Sinn in meinem Dasein gibt...

Nein, der Krieg ist kein Schützenfest, wenn man auch Orden dabei gewinnen kann... Mordabzeichen nannte Karl

Kilb sie. Ich weiß keinen der Toten, der die eisernen Todeskreuze angeheftet hat, die in Kochgeschirren verteilt wurden, während wir uns an anderen Kochgeschirren mit Dörrgemüse und Affenfett ernähren mußten...

Ich erinnere mich zusehends, daß, als wir von der Böschung der neunzehn Toten zurückkamen, der Leutnant Röscher uns ohne unser Wissen für das Eisener Kreuz einreichte... Ihr „Heldenzug“ späterer Generation, wie würde euch „das Herz höher schlagen“, wie es so schön in den verlogenen Kriegsgeschichten derer steht, die nicht vorne waren oder ihre Orden sogar in der Etappe verdienten — wenn man euch die Tanzbänder an die „Heldenbrüste“ geheftet hätte...

Wenn ihr uns gesehen hättet, als wir sie empfangen! Ach, ihr Armen: wenn ihr später unsere Kriegserlebnisse mit heißen Wangen und leuchtenden Augen zu hören bekommt: möge euch das Schicksal behüten, solche Bänder grauenhafter Totentänze zu erwerben...

Eine Freude haben wir Überlebenden noch gehabt: als Petsch, dessen Wunde zu eitem begann, endlich doch noch nach hinten kam, und als er uns dann aus dem Spreewald eine Ansichtskarte schrieb, worin er mitteilte, daß seine Mutter vor Freude tagelang krank und ihm dann so viel Kuchen buk, daß er auch krank wurde, weil er sich den Magen verdarb...

Ich sehe sie noch, die kleine Frau in der Spreewälder Tracht, mit dem breiten und hohen Kopftuch und der weiten Krinoline, als sie in Berlin mal ihren Jungen besuchte. Sie sprach einen Dialekt, den wir kaum verstanden, aber ihr Herz verstanden wir alle...

Der Frühling hatte das Eis unserer erstarrten Seelen ein wenig gelöst... und mehr denn je hofften wir auf den Tag der Befreiung.

Und einmal verirrte sich ein Vogel in unsere Linien, der sang heimlich am Morgen... Da habe ich Kameraden gesehen, die die Hände falteten und in den Februarhimmel sahen, als geigten Engel von dort herab...

Am Abend dieses Tages ging der Magdeburger mit drei Mann auf Patrouille, darunter waren auch Jan Dieckmann und Tiemann... Sie kamen alle drei in Gefangenschaft, Jan Dieckmann verwundet... Wir haben es ihnen gegönnt... für sie ist der Krieg aus...

Der Magdeburger blieb unser Todfeind bis zuletzt; ihn haben wir am wenigsten vermißt. Und wenn ich nach Hause kommen sollte, — ich würde ihm nicht die Hand geben können...

Eine Kameraden der Kompanie wurden als vermißt gemeldet. Wir wissen, was dieses schreckliche Wörtchen „vermißt“ meistens bedeutet: „Volltreffer“... Schrecklich aber ist es, wenn die Angehörigen noch monatelang und Jahre hindurch auf ihre Wiederkehr hoffen...

Wir wissen, daß sie nicht wiederkehren werden. —

Der Winter verging mit Schnee und Schlamm und eisigem Regen... Wir haben einmal eine Stellung gehabt, darin lagen wir fünf Tage und Nächte im Gas. Das Essen kam nicht herin, wir litten unter entsetzlichen Durstqualen... Wenn der Gegner einen Angriff gewagt hätte, hätte er uns, ohne Widerstand zu finden, wie Tote auflösen können...

Das Schlimmste war der Durst. Zuletzt rissen wir auf Sekunden die Masken herunter, als das Gas nicht mehr so dicht hockte... und weil wir nichts anderes hatten, saßen wir aus den Granatlöchern und Grabenvertiefungen das trübe schlammige Wasser, in dem schon tagelang die Toten gelegen hatten, weil wir sie nicht wegschaffen konnten...

Amtsgerichtsrat Dr. Überhorst:

Wie erlangt man das Armenrecht?

Es gibt wenige Menschen, die gern mit dem Gericht zu tun haben. Dies um so mehr, wenn das Prozessieren Geld kostet. Die dazu notwendigen Mittel stehen heutzutage nur den wenigsten zur Verfügung. Einen Arbeiter wird es wohl kaum geben, der aus seinem Einkommen die Kosten eines Prozesses bestreiten könnte. Diesen allen hilft die Einrichtung des sogenannten Armenrechts, welches in den §§ 114 ff. der Zivilprozessordnung geregelt ist.

Wie man sich praktisch zu verhalten hat, um das Armenrecht zu erlangen, zeigt am besten ein Beispiel. Ein Arbeiter kauft Möbel auf Abzahlung, nach der Lieferung stellt sich jedoch heraus, daß die Möbel nicht dem Muster entsprechen, das er in den Geschäftsräumen besichtigt hat. Es handelt sich um einen bedeutend schlechteren Fabrikat, außerdem passen die einzelnen Teile nicht zusammen, verschiedene Stücke sind sogar schadhafte. Der Käufer begibt sich in das Geschäft und rügt diese Mängel. Er verlangt die Lieferung der von ihm ausgesuchten Ware. Darauf will sich die Firma nicht einlassen, vielmehr stellt sie sich auf den Standpunkt, daß der Käufer das bekommen hat, was er bestellt hat. Sie verklagt den Käufer auf die Katen, da dieser den Prozeß nicht mit eigenen Mitteln führen kann, insbesondere mit Rücksicht auf die hohen Sachverständigenvorschüsse, die man ihm voraussichtlich abverlangen wird, so muß er das Armenrecht beantragen. Er geht also zum Wohlfahrtsamt und besorgt sich ein Armutszertifikat, und sodann am besten auch zum Finanzamt, wo er sich eine Bescheinigung über seine Veranlagung ausstellen läßt. Diese beiden Schriftstücke läßt er entweder durch seinen Verband mit einem entsprechenden Schriftsatz bei Gericht einreichen oder er geht selbst zum Gericht, wo er auf der Rechtsantragsstelle seinen Antrag zu Protokoll gibt. Daß er diesen Antrag selbst verfaßt, ist zwar nicht unzulässig, aber keineswegs zu empfehlen. Der Laie weiß in der Regel nicht, was zur Sache gehört. Er macht meistens lange Ausführungen über Dinge, die unwesentlich sind, und vergißt das anzuführen, was juristisch von ausschlaggebender Bedeutung ist. Ein bloßer Antrag genügt auch nicht, vielmehr muß der Sachverhalt angegeben werden und es sind die Beweismittel zu bezeichnen. Das aber geschieht am besten beim Verband oder auf der Rechtsantragsstelle, wo geschultes Personal zur Verfügung steht.

Mitunter bekommt der Richter Schreiben etwa folgenden Wortlauts: „Ich kann die Sache nicht selbst wahrnehmen, da sie juristisch sehr schwierig ist und bitte daher um das Armenrecht und einen Anwalt.“ Mit einer solchen Eingabe kann das Gericht gar nichts anfangen. Es muß wissen, ob die Rechtsverteidigung Aussicht auf Erfolg bietet, und das kann es nur prüfen, wenn ihm der Sachverhalt und die Beweismittel unterbreitet werden.

Schwieriger liegt der Fall dann, wenn der Beklagte nicht am Sitze des Gerichtes wohnt. In der Regel kann er allerdings verlangen, daß er nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung da verklagt wird, wo er wohnt. Mitunter wird aber, besonders in Bestellscheinen, vereinbart, daß als Gerichtsstand der Sitz der Lieferanten, gelten habe. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat sich zum großen Teil mit Sachen zu befassen, in denen der Beklagte außerhalb wohnt. Hier ist es natürlich ausgeschlossen, daß der Beklagte vor Gericht erscheint. Er muß also in jedem Falle, wenn er Einwendungen hat, das Armenrecht beantragen, damit ihm ein Vertreter bestellt werden kann. Oftmals liegt

Wir haben alles Grauen erlitten, das die menschliche Phantasie erdenken kann... Und alle Worte würden nicht genügen, das Maß unserer Leiden auszuschöpfen...

Früh in grau versank die Zeit... dann kam nach dem furchtbaren Winter der Frühling des Jahres 1918... Karl Kilbs Geist war weiter lebendig unter uns. Manche Kameraden wanderten in die Strafkompagnien...

Und im Anschluß an zehn Tage dauernde Nachtmärsche brachen wir am 21. März 1918 nach einem dächtigen Trommelfeuer, so furchtbar, wie es nie vorher oder nachher auf einen Erdabschnitt herniedergebrüllt ist, auf 70 Kilometer Breite in die dichten Wellen unter der Losung „Tag- und Nachtgleiche“ nach dreijährigem Stellungsmord zum ersten Male wieder vor...

Die Oberste Deutsche Heeresleitung holt zu einem großen Schlage im Westen zwischen Compiègne südöstlich Arras und der Oise südlich St. Quentin aus. Das Westheer, aus dem Osten verdrängt, will den Feind durchbrechen und ihn friedenswillig machen...

So lautet der Heeresbericht... Mein Bericht endet damit, daß bei dem Rückzug auch mein lieber kleiner Kamerad Adamczik bei einem Tankangriff der Amerikaner starb...

Er hatte gar keinen schönen Heldentod. Ein Tank war angeschlossen — er konnte nicht weiter und blieb vor unserer Linie liegen. Adamczik war betrunken, stieg aus dem Graben, ohne daß wir es verhindern konnten, und wollte nachsehen, ob die Besatzung noch lebe...

Er erklomm den Tank und sah von oben hinein... so wie kleine Kinder manchmal in einen tiefen Brunnen gucken und darin versinken, wenn man sie unbeobachtet läßt... Im Tank waren noch Leute, die vielleicht glaubten, sie sollten nun ausgeräuchert werden... Aber nichts lag dem Kleinen fern; er war nur neugierig wie ein Kind, vielleicht hatte ihn auch schon der Wahnsinn gepackt wie tausend andere, und er wußte nicht mehr, was er tat...

Von drinnen schoß einer hinaus und traf Adamczik in die Brust... Er kollerte wie ein Hase, sich überkugeln, vom Tank herunter und lag dann ganz still...

Nie werde ich vergessen, wie seine kleinen, ach so kleinen Hände zu Fäusten geballt dem Gott dieser Menschheit fluchten. Den kleinen Eisenring haben wir ihm abgezogen und ihn nach Haus geschickt; du hast keinen goldenen Ring mehr zu kaufen brauchen, kleiner Kamerad...

Und nun liege ich im Lazarettzug, weiß gebettet. Ich sehe durch das Fenster, durch das ich ein wenig gucken kann, die Landschaft vorübergleiten...

Es ist wieder Winter, aber mein Herz ist zeitlos geworden und in meinem Antlitz trage ich die Gesichter der Toten, die ich nicht vergessen kann...

Jetzt kann ich nicht weinen. Ich starre und starre hinaus, und ich kann es nicht fassen, daß dort draußen Felder in unberührter Reinheit, ohne Trichter und Laufgräben, vorbeiziehen.

Manchmal stehen stumme Menschen an den Schranken und sehen mit ersten und wissenden Gesichtern dem Schmerzenszuge nach... Und dann kommen Gesichter, in denen die Häuser nicht zerschossen sind... und Wälder, in denen sich aberbstündige Stille in die winterliche Luft recken... keine Baumstümpfe sind da, und keine Kreuze.

Und das ist vielleicht der einzige Sinn eures Sterbens, ihr armen Kameraden: daß euer Tod eine Mahnung und Warnung für die kommenden Generationen sein wird, für die Jugend aller Nationen...

Ich liege und träume... ferne Musik umhüllt mich... Frieden ist ja Frieden... Und dann sehe ich euch, wie ihr mir zulächelt, fern und seltsam, kein menschliches Lächeln mehr, ein Lächeln der Unendlichkeit, in die ihr eingegangen seid...

Ihr lächelt und lächelt mir Dank zu, daß ich euer geistiges Vermächtnis angetreten habe... und jetzt könnt ihr endlich ruhen unter euren Kreuzen, wenn sie noch stehen... Ihr entfernt euch, entschwebt... ich bin allein...

zwischen der Ladung und dem Termin jedoch nur ein so geringer Zeitraum, daß die Beschaffung der nötigen Zeugnisse nicht mehr möglich ist. Dann empfiehlt es sich, die Verlegung des Termins zu beantragen und gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß ein Armenrechtsantrag vorstehe. Auch dieser Antrag sollte bereits den Sachverhalt darlegen und auf die vorhandenen Beweismittel hinweisen. Das Gericht ist nämlich auf leicht begründlichen Gründen geneigt, in einem solchen Verantrag eine Verschleppungsabsicht zu erblicken. Es kommt daher aus diesem Anlaß oder Annahme häufig zu einer Ablehnung des nicht genügend begründeten Antrags. Auch der auswärtige Beklagte kann sich zur Formulierung dieses Antrages und aller seiner Anträge überhaupt der Rechtsantragsstelle bedienen, und zwar der Rechtsantragsstelle des ihm zunächst gelegenen Amtsgerichts.

Wenn der Beklagte außerhalb des Gerichtssitzes wohnt, wird er in der Regel einen Armenanwalt bekommen, wenn ihm das Armenrecht bewilligt wird. Wohnt er am Gerichtssitz, so ist dies durchaus nicht sicher. Besonders in einfacheren Fällen mutet das Gesetz der armen Partei zu, daß sie ihre Sache vor Gericht selbst wahrnimmt. Will der Beklagte auch hier einen Armenanwalt haben, so muß er die Notwendigkeit der Bestellung eines solchen besonders eingehend begründen. Er muß also beispielsweise dargetun, daß er krank ist und nicht persönlich vor Gericht erscheinen kann, oder daß der Fall juristisch so schwierig liegt, daß er sich nicht darin zurechtfindet. Hierbei wird die soziale Stellung des Antragstellers eine wesentliche Rolle spielen. Ein Arbeiter, der schriftliche Arbeiten nicht gewohnt ist, wird leichter einen Armenanwalt erhalten, als ein Kaufmann, der seine Korrespondenz zu führen gewohnt ist und dem dabei nicht selten auch schwierigere Rechtsfragen vorkommen.

Beim Landgericht, das heißt also im wesentlichen bei Prozessen mit einem Objekt über 1000 Mark oder bei Ehesachen, ist die Bestellung eines Armenanwalts eine Selbstverständlichkeit. Beim Landgericht herrscht nämlich der sogenannte Anwaltswang. Ohne Anwalt kann dort ein Prozeß überhaupt nicht durchgeführt werden. Dasselbe gilt für das Landesarbeitsgericht. Umgekehrt ist bei den Arbeitsgerichten erster Instanz die Zuziehung von Anwälten und damit die Bestellung eines Armenanwalts ausgeschlossen. Der organisierte Arbeiter ist hier durch seinen Verband vertreten. Ist er nicht in einer Gewerkschaft oder kann, besonders bei kleineren Gerichten, die Vertretung durch seinen Verband nicht bewerkstelligt werden, so muß er, wenn er selbst seine Sache nicht wahrnehmen kann, die Bestellung eines Justizbeamten an Stelle eines Rechtsanwalts beantragen.

Der Neuling

Ein junger Mann, der erst seit kurzer Zeit einen Führerschein besitzt, fährt mit seinem Auto einen alten Herrn über den Haufen und schreit:

„Sie haben Schuld, mein Herr! Ich bin ein geschickter Lenker — ich fahre schon seit vierzehn Tagen!“

„Ach“, sagt der alte Herr, indem er sich erhebt, „ich bin auch gerade kein Neuling; denn ich gehe schon seit sechzig Jahren!“



Betriebsrätewahlen nicht vernachlässigen!

Durch die großen politischen Kämpfe sind die Wahlen der Betriebsräte etwas in den Hintergrund getreten. So natürlich das war, darf es aber nicht dazu führen, die Betriebsrätewahlen zu vernachlässigen. Im Betrieb wird um Lohnpfennige, Akkordfestsetzung, Entlassungsschutz, Gesundheit, Lohngerechtigkeit, Urlaubsfragen und dergleichen gerungen. Jedes einzelne dieser Dinge mag man eine Kleinigkeit nennen, diese Kleinigkeiten aber machen das proletarische Leben aus. Von der Art ihrer Regelung hängt in hohem Maße ab, wie sich das Los des Arbeiters und seiner Familie gestaltet. Und diese Art der Regelung wird gutenteils durch die Wahl der Betriebsräte entschieden.

Die Betriebsräte sind die Vertreter der Arbeiter im Betrieb. Die Vertreter müssen ehrliche Kollegen, untadelige Charaktere, geschulte und erfahrene Männer oder Frauen sein, und sie müssen als Rückendeckung eine gute Organisation, eine wirkliche Gewerkschaft haben. Die Gewerkschaft stützt die Betriebsräte mit ihrer vielseitigen Erfahrung und gesetzlichen Kenntnis, sie gibt ihnen die Mittel und moralische Kraft zur wirksamen Erfüllung ihrer wahrhaftig nicht leichten Aufgabe. Ohne die Rückendeckung durch die Gewerkschaft gleichen die Betriebsräte schwankendem Schilf, das hin und her pendelt und schließlich im Morast untertaucht.

Das ist denn auch der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter im Betrieb wohlbekannt. Sie haben dies dadurch bekräftigt, daß sie fast alle ihre Stimme den gewerkschaftlichen Kandidatenlisten gaben. Und das ist den halben Freunden und ganzen Feinden der Betriebsarbeiter ebenso wohlbekannt. Diese lieblichen Zeitgenossen haben keinen Stein unumgedreht gelassen, das Treuverhältnis zwischen Arbeiter und Gewerkschaft zu zerstören. Zu diesem Zwecke wurde die Giftspritze gegen die Gewerkschaften und ihre Kandidaten freigeigelt gehandhabt. Außerdem haben diese halben Freunde und ganzen Feinde vielfach besondere Listen der gewerkschaftlichen Kandidatenlisten entgegengestellt. Es geschah dies unter allen möglichen Parolen und Vorwänden. Hier und da ist ein Teil einer Belegschaft auf den Leim gekrochen. Diese verwirrt und verirrten Belegschaftsteile haben durch die Bank herbe Enttäuschungen erlebt. Sie mußten gewahr werden, daß alle die schönen Versprechungen ohne Erfüllung blieben. Sie erfuhren, daß im

harten Raume des Betriebes mit reicher Phrase, armer Erfahrung und schwachem Charakter verteuft wenig zu erreichen ist. Sie haben — wie die ersten Ergebnisse der diesjährigen Betriebsrätewahlen schon zeigen — nun auch eingesehen, daß der beste Vertreter der Belegschaft der freie Gewerkschafter ist. Diese Beweisführung wird, des sind wir gewiß, durch die weiteren Wahlergebnisse noch nachdrücklicher bestätigt werden.

Wie in der Vergangenheit, so sind auch bei den jetzigen Betriebsrätewahlen die halben Freunde und ganzen Feinde der Arbeiter am Werk. Die alten Parolen werden mit den neuesten Vorgängen auf politischem Felde frisch aufgeputzt oder zugkräftiger zu machen versucht. Da ist es insonderheit die alte kommunistische Parole von der Einheitsfront, womit die Werbung für die gewerkschaftlichen Listen der Betriebsratskandidaten zu verwirren oder zu hemmen versucht wird. Man lasse sich auch diesmal nicht beirren, und zwar gerade um der Einheitsfront der Arbeiter willen.

Die Einheitsfront der Arbeiter bilden die freien Gewerkschaften. Eine wirksamere und vollendetere Einheitsfront gibt es nicht. Denn in den freien Gewerkschaften sind Arbeiter aller Richtungen und Anschauungen beisammen. Sie schaffen seit Jahrzehnten ebenso einträchtig wie tatkräftig miteinander. In den freien Gewerkschaften kann jeder politisch wie religiös denken, wie er will, sofern er nur wirtschaftlich, wenn es um die Lohnroschen geht, seinen Mann ehrlich stellt. Die freien Gewerkschaften sind demnach die wirtschaftliche Einheitsfront der Arbeiter. Die gewerkschaftlichen Kandidatenlisten für die Betriebsrätewahlen stellen im Betriebe die Einheitsfront der Arbeiter im ausgesprochensten Sinne dar.

Darum ist unter allen Umständen an der bisherigen Übung festzuhalten: Nur die Gewerkschaftslisten kommen wie früher so auch jetzt für die Betriebsrätewahlen in Frage. Das muß unbedingt beachtet werden. Davon darf auch jetzt kein Jota abgewichen werden. Alle anderen Listen, unter welchen Parolen und Vorwänden sie immer angepriesen werden mögen, sind unberücksichtigt zu lassen, und zwar im wohlwolligen wirtschaftlichen Interesse der Belegschaft. Das sei abermals mit letzter Entschiedenheit gesagt.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 19. März, ist der 12. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. März 1933 fällig.

Die ausgesteuerten Mitglieder, die später Anspruch auf Invalidenunterstützung erheben wollen, ersuchen wir, folgendes zu beachten.

Im § 6 des Statuts lautet der betreffende Absatz:

Die 3b-Sonderklasse 40 Pf. (30 Pf. Invalidenbeitrag und 10 Pf. E-Marke) gilt für die Invaliden sowie für alle ausgesteuerten und nicht bezugsberechtigten Mitglieder, soweit sie nicht in der Lage sind, Vollbeiträge zu zahlen und den Anspruch auf Invalidenunterstützung erwerben und aufrechterhalten wollen.

Aus den letzten drei Worten dieser Bestimmung des Statuts ergibt sich, daß Mitglieder, die noch nicht invalid sind, aber ihrer Jahresklasse nach die Beitragsbedingungen der Übergangbestimmungen zu § 12 des Statuts erfüllt haben, nicht 10 Pf., sondern 40 Pf. Beitrag zu zahlen haben, um die Anwartschaft für Invalidenunterstützung aufrecht zu erhalten.

Alle Mitglieder, die nach ihrer Jahresklasse bereits Invalidenunterstützung erhalten könnten, aber noch nicht invalid sind, sind nach den jetzt geltenden Bestimmungen verpflichtet, sofern sie ausgesteuert sind, bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit Beiträge der 3b-Sonderklasse zu zahlen, um die Anwartschaft auf Invalidenunterstützung aufrecht zu erhalten. Jede geklebte Erwerbslosensmarke schiebt die Bezugsberechtigung um eine Woche hinaus.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Breslau: Der Kupferschmied August Schoeps, geb. am 6. Dezember 1873 in Ransern, Mitgliedsbuch Nr. 7082045, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitzende

Die Gewerkschaften im Runderlaß

Der Reichsminister Göring hat als Kommissar für das preußische Ministerium des Innern für die praktische Anwendung der „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“ vom 28. Februar durch einen besonderen Runderlaß Weisungen herausgegeben. Danach soll sich Zweck und Ziel der Verordnung in erster Linie gegen die Kommunisten richten und gegen diejenigen, „die mit den Kommunisten zusammenarbeiten und deren verbrecherische Ziele, wenn auch nur mittelbar, unterstützen oder fördern“. Dann heißt es weiter: „Zur Vermeidung von Mißgriffen wird darauf hingewiesen, daß Maßnahmen, die gegen Angehörige oder Einrichtungen anderer als kommunistischer, anarchistischer und sozialdemokratischer Parteien oder Organisationen notwendig werden, auf die Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 nur dann zu stützen sind, wenn sie der Abwehr solcher kommunistischer Bestrebungen im weitesten Sinne dienen. In sonstigen Fällen ist nach der Verordnung vom 4. Februar 1933 einzuschreiten. Die Gewerkschaften sind übrigens nicht ohne weiteres den sozialdemokratischen Organisationen gleichzustellen...“

Gefährliche Auswanderungspläne

Es ist erklärlich, daß der schwere Druck der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland wieder zahlreiche Auswanderungspläne reifen läßt. Deshalb werden bestimmte Auswanderungspläne verfolgt, die in großem Stil betrieben werden sollen. Die halbamtliche Auswandererberatungsstelle Köln, Margarethenkloster 1, warnt vor Auswanderungsplänen durch folgende Worte: „Die bisherigen vielfältigen Erfahrungen haben immer wieder bewiesen, daß Auslandsiedlung nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie aus bescheidenen Anfängen entsteht und sich organisch fortentwickelt. Diese Tatsache wird mißachtet, wenn der in der Öffentlichkeit viel erörterte Plan des Generals Kundt eine beschleunigte Ansiedlung von 250 000 Deutschen im Amazonasgebiet mit einem Aufwand von bis 3 Milliarden Mark vorsieht. Auch der bisher wenig genannte „Technische Großsiedlungsplan“ des Herrn F. v. Grupe in Berlin, der sogenannte „Grupeplan“, schießt mit einem Kapitalbedarf von zunächst 35 bis 40 Millionen Mark weit über das Ziel hinaus. Dieses großkapitalistisch aufgezogene Unternehmen soll mit Spargeldern finanziert werden, die der eigens hierfür gegründeten „Spargemeinschaft Übersee“ zufließen. In einer Zeit großer Kapitalknappheit wird den Sparern zugemutet, 35 bis 40 Millionen Mark für ein unsicheres Unternehmen aufzubringen. Das sparende Publikum weiß ja selbst am besten, wie sehr es heute geboten ist, mit den meist sauer erworbenen Spargroschen häuslicher und wirtschaftlich vernünftig umzugehen. Wer trotzdem seine Mittel zur Finanzierung solcher Pläne hergibt, handelt leichtsinnig, da er mit großer Wahrscheinlichkeit den Verlust des Geldes zu gewärtigen hat.“

Jubilärfest in Alfeld

Am 25. Februar hatte die Verwaltungsstelle Alfeld eine Feier veranstaltet für das 40jährige Bestehen der Verwaltung. Zu gleicher Zeit konnten 25 Jubilare geehrt werden, die ein Vierteljahrhundert und länger dem Verbandsverbande die Treue bewahrt haben. Ein Mitglied steht schon 43 Jahre in unseren Reihen. Der Bevollmächtigte, Kollege Pfeiffer, begrüßte alle Erschienenen und ließ besonders die Jubilare herzlich willkommen. Weiter gedachte der Redner der Tätigkeit der Verwaltung in den 40 Jahren, wobei die Schwierigkeiten in den Gründerjahren und die Leistungen des Verbandes in Krisenzeiten hervorgehoben wurden. Der Bezirksleiter, Kollege Striefler (Hannover), überbrachte die Grüße des Vorstandes und der Bezirksleitung. Sodann würdigte er die Verdienste der alten Kämpfer und ermahnte sie zum weiteren Festhalten am Verband. Auf die treue Mitarbeit der Frauen wurde ganz besonders hingewiesen. Jeder Jubilar erhielt die silberne Jubiläumsnadel und ein Diplom mit Namenszug sowie einige Gutscheine als Zehrgeld. Den Dank der Jubilare brachte der Kollege Gräfe in beredten Worten zum Ausdruck.

Ausfall der Betriebsrätewahlen

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) wie auch die Nationalsozialisten haben sich zur Aufgabe gemacht, in die Reihen der freien Gewerkschaften einzubrechen. Das ist bisher zwar nirgends in nennenswertem Maße gelungen, aber jetzt, bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen, sollte es, wie beide Gegner der freien Gewerkschaften in Aussicht stellten, bestimmt der Fall sein. Ob das nun wirklich gelungen ist, wird sich natürlich erst zeigen, wenn die Betriebsrätewahlen im ganzen Reiche stattgefunden haben. Die ersten Wahlergebnisse aus größeren Betrieben lassen indessen schon einen wenn auch nur einen teilweisen Schluß über die Gesinnung oder gewerkschaftliche Treue der Arbeiter zu. Wir geben hier die ersten bei uns eingetroffenen Wahlergebnisse wieder.

Berliner Elektrizitätswerke (Bewag):

Arbeiterrat: Beschäftigte etwa	3500
Abgegebene Stimmen	3320
Freie Gewerkschaften	3034
RGO	156
Nationalsozialisten	83
Angestelltenrat: Abgegebene Stimmen	2547
Freie Gewerkschaften	1916
Nationalsozialisten	443
„Kombi“	135
GdA	38

Von einigen Gaswerken Berlins liegt folgendes vorläufiges Ergebnis vor:

Arbeiterrat: Beschäftigte	4257
Abgegebene Stimmen	3837
Freie Gewerkschaften	2352
RGO	1298
Nationalsozialisten	161

Bei den Arbeiterwahlen der Hamburger Straßenbahn wurden 4772 Stimmen abgegeben. Die freien Gewerkschaften erhielten 4319, die Nationalsozialisten 158, die Kommunisten 189, sonstige Stimmen 106. Gegenüber 1931 haben bei dieser Wahl die Kommunisten 30 vH Stimmenverlust aufzuweisen. Sämtliche Arbeiterratsitze fallen den freien Gewerkschaften zu. Bei der Arbeiterwahl der Hochbahn wurden 1814 Stimmen abgegeben; davon erhielten die freien Gewerkschaften 1152, die Nationalsozialisten 160, die Kommunisten 416, sonstige Stimmen 86. Bei der Alsterschiffahrt werden in den Arbeiterwahlen 80 Stimmen abgegeben; davon erhielten die freien Gewerkschaften 57, die Kommunisten 23.

Bei der Dynamit AG Troisdorf wurden bei den Wahlen zum Arbeiterrat 1986 Stimmen abgegeben; es entfallen auf die freien Gewerkschaften 1249, auf die christlichen Gewerkschaften 309, auf die Kommunisten 189, auf die Nationalsozialisten 199.

Göttingen Deutsche Feilen- und Maschinenfabrik: Die freien Gewerkschaften erhielten 48 Stimmen, 6 Mandate im Arbeiterrat, die christlichen Gewerkschaften 31 Stimmen, 3 Mandate. Im Jahre 1931 hatte der DMV 2, die Christen 3 Mandate im Arbeiterrat.

Hamburg, Radiowerk Gabel, Lokstedt: Die freien Gewerkschaften erhielten 213 Stimmen, 7 Mandate im Arbeiterrat, die Nazis nur 25 Stimmen und somit kein Mandat.

München, Emmerich- und Stanzwerke: 84 Belegschaftsmitglieder, 5 freigewerkschaftliche Arbeiterratsmitglieder ohne Gegenanschlag gewählt.

Remscheid Deutsche Edelstahlwerke: Die freien Gewerkschaften erhielten 235 Stimmen, 6 Mandate im Arbeiterrat, die RGO 62 Stimmen, 1 Mandat.

Schwenningen, Firma Schlenker-Grusen: Die freien Gewerkschaften erhielten 125 Stimmen (im Jahre 1931 123 Stimmen und 4 (3) Mandate; die RGO bekam 124 (179) Stimmen und 3 (4) Mandate im Arbeiterrat.

Würzburg, Bei der Firma Koenig & Bauer mit 694 Arbeitern wurden 9 freigewerkschaftliche Arbeiterratsmitglieder ohne Gegenanschlag gewählt.

In Mannheim wurden in nachfolgenden Betrieben nur freigewerkschaftliche Listen für die Arbeiterratswahl eingereicht: Mohr & Federhaff, Schiffswerft, Hornelwerke, Winterwerb, Streng, Ankerwerke Heuß, Feilenfabrik Freymann, Weinheim, Pfandlerwerke, Schwetzingen, und Fulminawerke, Friedrichsfeld.

Berlin, Borsigwerke: Freie Gewerkschaften 296 Stimmen, 6 Mandate im Arbeiterrat, RGO 151 Stimmen, 2 Mandate, Nationalsozialisten 103 Stimmen, 2 Mandate.

Siegburg, Mannsdorf-Werke Troisdorf: DMV 656 Stimmen, 8 Mandate im Arbeiterrat, Christen 277 Stimmen, 3 Mandate. — Dynamit-AG Troisdorf: Freie Gewerkschaften 1249 Stimmen, 9 Mandate im Arbeiterrat, Christen 309 Stimmen, 2 Mandate, RGO 189 Stimmen, 1 Mandat, Nationalsozialisten 199 Stimmen, 1 Mandat.

Hohenlimburg, Limburger Fabrik und Hüttenverein: DMV 364 Stimmen, 7 Mandate im Arbeiterrat, Nationalsozialisten 103 Stimmen, 1 Mandat. — Federfabrik Hohenlimburg: DMV 47 Stimmen, 3 Mandate im Arbeiterrat, Nationalsozialisten und Stahlhelm 31 Stimmen, 2 Mandate. — Eisen- und Stahlwerk Döhner, Abt. Wilke, Letmathe: DMV 64 Stimmen, 4 Mandate im Arbeiterrat, Christen 39 Stimmen, 2 Mandate.

Nicht trennen mehr ..

Genosse! Bruder! Millionenmasse!
Fühlst du noch immer nicht, was was es geht?
Daß alles auf dem Spiele steht?
Besinn dich, che es zu spät.
Und werde nicht zum Totengräber deiner Klasse.

Bleib du nicht abseits! Deine Brüder ringen
In eiserner und wahrster Einheitsfront.
Lerne von Harberg, dort hat sich's gekonnt,
Und was die Reaktion gekonnt,
Das müssen auch wir beide fertigbringen.

Begrab' den Bruderkwitz! Hier, meine Hand,
Kampffroh und ehrlich biet ich sie dir deine.
Nicht trennen mehr, nicht spalten, sondern ein!
Denn, und nur dann erst wird was allen scheinen
Der Freiheit Sonne über freiem Land.

Max Richter

Not lehrt handeln

Selbsthilfe der Arbeitslosen — Zurück zum Tauschhandel

Wir haben hier wiederholt, zuletzt in Nr. 1, über die Versuche von Arbeitslosen berichtet, durch Selbsthilfe ihr Los zu erleichtern. Wir fahren darin heute fort.

Der abscheuliche Widersinn der Tatsache, daß in allen sogenannten zivilisierten Ländern Verbraucher, die nicht kaufen können, und Erzeuger, die nicht verkaufen können, einander gegenüberstehen, hat in einigen Weststaaten Amerika die Erwerbslosen zu einer Lösung dieser Lebensprobleme geführt, die alle gelehrten Volkswirtschaftler bisher als längst überholt für unsere „hochkultivierte“ Zeit ansahen, nämlich zum Tauschhandel.

Versuche in dieser Richtung wurden auch im Staate Utah, und zwar in Saltlake-City, von Geschäftsleuten unternommen. Sie setzten ihre geschäftlichen Erfahrungen und Kenntnisse dafür ein, den direkten Austausch zwischen der Arbeitskraft der Erwerbslosen und dem Produktionsüberschuß der Farmer herbeizuführen. In einem kleinen Lokal wurde ein Tauschbüro eröffnet. Und da nicht genügend Geld da war, um Anzeigen zu machen, sorgte jedes Mitglied nach besten Kräften für mündliche Propagierung der Idee. Nachdem man eine gewisse Anzahl Erwerbsloser, die bereit waren, für Lebensmittel Arbeit zu leisten, zusammengebracht hatte, schaffte man diese Leute in gemieteten Lastautos zu jenen Farmern, denen man die Vorteile des Verfahrens hatte begreiflich machen können. Nachdem die Männer den Tag über auf dem Feld gearbeitet hatten, brachte der gleiche Lastwagen sie mitsamt ihrem Naturallohn von Kartoffeln, Rüben, Äpfeln, Birnen, Butter, Eier, Speck oder was sonst da war und an Zahlungs Statt angenommen wurde, nach Hause.

Nachdem die ersten Schwierigkeiten, das erste Mißtrauen, überwunden war, machte die Bewegung erstaunlich schnell Fortschritte; bald waren alle Berufe und Warengattungen darin vertreten. Die auf den Farmen erarbeiteten Kartoffeln wurden gegen Haarschnitt oder gegen zahnärztliche Behandlung eingetauscht, eine chemische Putzerei bot ihre Dienste gegen Gemüse an, ein Tischler fand sich, der den zusammengetragenen Hausrat oder das zum Tausch angebotene Kinderspielzeug in Stand setzte. Alle Arten von Handwerkern belebten mit ihren Erzeugnissen das Geschäft von Verkaufsläden, die zuvor nur noch eine Haaresbreite vom Konkurs getrennt hatte.

Zu Beginn des Jahres 1932 hatte der ganze Tauschbetrieb bereits so großen Umfang gewonnen, hatte sich so weitläufig verzweigt, daß ohne Bons nicht mehr auszukommen war. Man ließ sich als Natural Development Association (NDA) handelsgerichtlich eintragen, unterteilte den Warenverkehr nach modernen Geschäftsregeln und gab in Form kleiner Markenhefte (für verschiedene Warengattungen verschiedene Marken) die Bons heraus.

Wenn diese neue Form des Tauschverkehrs auch die Buchführung wesentlich komplizierte, so vereinfachte sie doch den Warenverkehr, und nun entwickelte sich die NDA noch viel schneller als zuvor. In anderen Städten der Staaten Utah, Idaho und Arizona wurden Filialen gegründet. Jetzt gab es keinerlei Berufsarbeit, keinerlei Warengattung mehr, die die Mitglieder nicht hätten durch Tausch erwerben können. Selbst Theater und Kinos nahmen ihre Bons. Eine ihrer neuesten Errungenschaften ist eine Petroleumquelle.

Und immer noch wächst der Umsatz der NDA rapid. Das Hauptgeschäft in Saltlake-City setzte im August 1932 36 000 Dollar um, im Laufe des Monats September des gleichen Jahres nach Einführung der Bons waren es bereits 75 000 Dollar. Inzwischen ist im Staate Wyoming eine ähnliche Organisation unter dem Namen Producers and Laborer's Supply Company (Gesellschaft für Produzenten und Arbeiter) zusammengetreten, die auch bereits mehrere Filialen errichten konnte und sich wohl bald mit der Organisation im Staate Utah vereinigen wird.

Ob die Bons nicht doch in gewisser Weise Geld darstellen oder zu Geld werden können? Die Frage ist naheliegend, aber sie muß verneint werden. Die Bons sind wohl ein Zahlungsmittel, aber niemals Geld in dem Sinne, den dieses Wort im kapitalistischen System befreit. Mit einem Bon der NDA kann der Käufer nur genau so viel Arbeit oder Ware beziehen, als er Arbeit oder Ware beigesteuert hat. Er kann sich eintauschen, was er will, aber nichts, was den Wert seiner eigenen Leistung übersteigt. Die Bons können nicht eingezogen, nicht monopolisiert, nicht zu Spekulationen benützt werden, sie sind weder den Gefahren einer Inflation noch einer Deflation unterworfen. Nach ihrer Rundreise von der Organisation zu den Mitgliedern und von den Mitgliedern zur Organisation werden sie vernichtet.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß die durch Tausch bezogenen Waren im Vergleich zu denen, die man im freien Handel kauft, durchschnittlich bis zu 20 vH teurer bezahlt werden müssen, wenn man eben den Nominalwert der Bons ohne weiteres staatlichen Münzwerten gleichsetzen will. Das zu tun, wäre aber sehr unvernünftig. Die stets steigende Nachfrage beweist, daß die Mitglieder der NDA die Zusammenhänge zu gut verstehen, um diesen Urteilen zu beugen und Anstoß an den höheren Preisen zu nehmen. Es gibt sogar Firmen, die obgleich ihre Geschäfte noch leidlich gehen, sich der NDA angeschlossen haben.

Vor wenigen Wochen hat sich die Organisation in Saltlake-City ein geräumiges Hauptquartier geschaffen; sie ist in ein leerstehendes zweistöckiges Gebäude übersiedelt. Im Parterre und ersten Stock befinden sich die Verkaufsräume. Hier summt und brummt es wie in einem Bienenstock. Zu jeder Tageszeit sind hier mehr Kunden im Laden, als in jedem andern Geschäft der Stadt während der belebtesten Geschäftsstunden. Der zweite Stock ist den Büros aller Sparten vorbehalten. Ackerbau, Handel, Transport, handwerkliche Arbeit, Bauausführung, Erziehung werden gesondert verwaltet. Obgleich 10 vH vom Umsatz für Verwaltungsspesen einbehalten werden, sind die Wochengehälter für alle hier Beschäftigten nicht höher als 20 oder 25 Dollar. Sie werden zum größten Teil in Bons ausbezahlt, und von den Führern bis zur letzten Hilfskraft bekommen alle, die in der Organisation arbeiten, das gleiche Gehalt.

Im ganzen Gebäude herrscht, auch für jeden Fremden fühlbar, eine hoffnungsvolle, fröhliche Stimmung, wie sie nur die Freude am gemeinsamen Ziel, an wirklicher gemeinschaftlicher Arbeit, erzeugen kann. Jedem Käufer aus der breiten Masse, die herbeiströmt, merkt man es an, daß Besitzerstolz und das Bewußtsein, eine neue und der Gemeinschaft nützliche Organisation geschaffen zu haben, sein Selbstbewußtsein wie seinen Verantwortungssinn heben.

an so gehandhabt wurde, wirkt es nicht weiter aufreizend. Der durchschnittliche Satz der Unterstützung beläuft sich am Tage auf ungefähr 1,20 M für den Mann, 70 Pf. für die Frau und jedes Kind über 16 Jahre, und 60 Pf. für jedes Kind unter 16 Jahren. Mit wenigen Ausnahmen ist ungefähr 3,30 M am Tage der höchste Unterstützungssatz, den eine französische Arbeiterfamilie in der Provinz bekommt. Niemand wird die Unterstützung die Hälfte des zuvor erhaltenen Lohnes zuzüglich der gesetzlichen Familienzulage (in Frankreich richtet sich in gewissem Ausmaß die Lohnhöhe nach der Kinderzahl) übersteigen. In Paris sind die Unterstützungssätze um ein schwaches Viertel höher.

Schwerste Hungersnot ist bei alledem dem französischen Proletariat bis jetzt im allgemeinen noch so ziemlich erspart geblieben. Nächste den schon angeführten Gründen kommt das von dem fast sprichwörtlich gewordenen Sparsamkeitssinn der Franzosen. Jeder französische Proletarier spart, wenn er Arbeit hat und legt sich lieber die bittersten Entbehrungen auf, ehe er sein Sparguthaben angreift. Ferner ist in Frankreich der Zusammenhang zwischen Land und Stadt noch viel lebendiger, so daß sehr viele Industriearbeiter aufs Land zurückkehren konnten. Überdies, und das ist das Entscheidendste, sinken die Lebensmittelpreise in Frankreich im Gegensatz zu den englischen. 1 Kilogramm Brot kostete in Frankreich im Juni 42 Pf. und heute kommt es ungefähr 30 Pf.

Belgien

Für das Jahr 1933 sind über 73 Millionen Mark für öffentliche Arbeiten vorgesehen. Der belgische Staat arbeitet nach einem Fünfjahresplan, in dem fast 65 Millionen Mark für Straßen, hauptsächlich Automobilstraßen, und ungefähr 32 Millionen Mark für Kanalbauten und Flußregulierungen ausgeworfen wurden. An dem neuen Albert-Kanal sind 4000 Arbeiter beschäftigt. Die Elektrifizierung der Eisenbahn zwischen Brüssel und Antwerpen ist beschlossene Sache. 1932 unterstützte der Staat die Kommunen mit Millionenbeträgen, um auf der Grundlage der Kostenteilung die verschiedensten öffentlichen Verbesserungsarbeiten durchführen zu lassen.

Wenn aber auch einige offizielle belgische Stellen und Behörden behaupten, hier hätte die Krise überhaupt erst vor ganz kurzer Zeit begonnen, so kann man nichtsdestoweniger mit ebenso gutem Recht sagen, daß der Februar 1933 der dreißigste Monat der belgischen Krise sei. Oder kann eine Zeit, in der 10 vH der erwerbstätigen Bevölkerung ohne Arbeit sind, nicht als Krise bezeichnet werden?

Belgiens Wirtschaft ist in der Hauptsache von seiner Ausfuhr abhängig. Und die sank seit 1931 beinahe um ein Drittel. Auch die Lohnsenkungen seit 1931 sind gewaltig: in der Metallindustrie (etwa 200 000 Arbeiter) zwischen 12 und 18 vH, im Bergbau (140 000 Arbeiter) 25,7 vH, in der Textilfabrikation (164 000 Arbeiter) 17 bis 20 vH, in der Glasfabrikation (35 000 Arbeiter) 15 bis 18 vH. Die Löhne der Diamantenarbeiter sind sogar bis auf 50 vH gesunken. Von den 15 000 Diamantenarbeitern, die fast alle in Antwerpen leben, haben von zehn höchstens noch drei oder vier Arbeit. Die Zahl der Arbeitslosen vom Oktober 1931 hat sich im Februar 1933 fast verdoppelt. Damals waren es 81 818, zwei Monate später bereits 129 380 und im Februar 1932 schon 163 925. Im März 1932 begann ein leichtes Absinken auf 158 000. Dann kam wieder ein Anstieg auf 163 000 im September, und jetzt wird als offizielle Anzahl 154 000 angegeben. Die leichte Verbesserung im vorigen Frühling kam von einer recht geheimnisvollen Konjunktursteigerung in den Textilfabriken. Die dauerte zwei Monate und sie ist ebenso unerklärbar wie sie kam wieder verschwunden.

Wie groß ist aber in Belgien die wirkliche Erwerbslosigkeit, wenn die offizielle Statistik in runden Zahlen von 154 000 Voll-erwerbslosen und von 144 000 Kurzarbeitern spricht? Diese Zahlen beziehen sich nämlich nur auf die versicherten Arbeiter, und das sind insgesamt 890 000. In Belgien gibt es keine Zwangsversicherung. Von 200 000 Bank- und Handelsangestellten zum Beispiel sind nur 20 000 versichert. Neben den 600 000 Landarbeitern, die auch nicht versichert sind, hat Belgien mindestens 300 000 unversicherte Arbeiter. Man kann mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß von diesen 300 000 ein Sechstel erwerbslos ist, womit 50 000 zu der offiziellen Anzahl hinzukämen. In normalen Zeiten gingen täglich 50 000 bis 60 000 Arbeiter über die Grenze, um in Nordfrankreich in Textilfabriken und Ziegeleien zu schaffen. Dazu kamen im Sommer und im Herbst noch weitere 50 000 Belgier zur Landarbeit nach Frankreich. (Nach belgischem Maßstab gemessen, erschienen eben die französischen Löhne hoch.) Die meisten von diesen Arbeitern sitzen heute auch erwerbslos zu Hause.

Unter den belgischen Landarbeitern jedoch findet die Erwerbslosigkeit nur sehr wenige Opfer. Drei Viertel aller belgischen Bauernwirtschaften sind ganz klein und werden nur vom Eigentümer und seiner Familie bewirtschaftet. Ein Hof von 10 Hektar gilt hier schon als großes Gut. Darum wäre aber auch der Ruf „Zurück zur Scholle“ in Belgien völlig fehl am Platz. Alles fruchtbare Land ist hier bereits bebaut und aufgeteilt. Seinen Weizen kann Belgien doch nie selbst ziehen; dazu würde es zwei Fünftel seines Bodens gebrauchen, der jetzt viel intensiver bewirtschaftet wird. Es gibt Tausende und Tausende von Industriearbeitern, die auch noch auf dem Lande arbeiten, was in Krisenzeiten einen gewissen Schutz vor dem empfindlichsten Hunger bedeutet.

Dennoch ist in einem Land mit 8 Millionen Einwohnern, von denen 200 000 erwerbslos sind, und in dem der Hunger im Arbeiterhaushalt auch in Zeiten guter Konjunktur kein unbekannter Gast war, während der Krise, wenn schon nicht der Hungertod, so doch die Unterernährung ein weitverbreitetes und ständiges Übel.

Rußlands Einfuhr aus Deutschland

Seit dem letzten Jahr marschiert Rußland an der Spitze aller wichtigen Ausfuhrländer Deutschlands. Diese große Bedeutung, die Rußland gegenwärtig für den deutschen Absatz hat, wird vielleicht noch augenscheinlicher, wenn wir die deutsche Ausfuhr nach Rußland unter dem Gesichtspunkt der russischen Außenhandelsbilanz betrachten. Dann stellen wir zunächst fest, daß 1932 beinahe die Hälfte sämtlicher Güter, die nach Rußland eingeführt wurden, aus Deutschland stammten. Mit einer Ausfuhr in Höhe von 324 Millionen Rubel deckte Deutschland im Jahre 1932 46 vH der russischen Gesamteinfuhr, während im Vorjahr der deutsche Anteil nur 34,2 vH, 1930 nur 23,7 vH und 1929 noch weniger ausgemacht hatte. Auf Deutschland folgt England mit einer Ausfuhr in Höhe von 104,7 Millionen = 15 vH der russischen Einfuhr, auf die Vereinigten Staaten entfielen 31,7 Millionen = 4,5 vH.

Der geringfügige Anteil der Vereinigten Staaten fällt um so mehr auf, da noch 1931 die Vereinigten Staaten Waren in Höhe von 229,9 Millionen Rubel nach Rußland ausfuhrten und damit 20,8 vH der russischen Gesamteinfuhr bestreiten konnten. Gegenwärtig übertrifft sogar die persische Einfuhr nach Rußland mit einem Anteil von 7 vH die der Vereinigten Staaten. Der Fern-Osten, Japan, China, Mongolei und Afghanistan, bestritten gegenwärtig bereits 20 vH des russischen Einfuhrbedarfs. Angesichts der großen Anstrengungen, die gerade in letzter Zeit verschiedene Länder zum Zweck der Vergrößerung ihrer Ausfuhr nach Rußland machen, steht zu befürchten, daß Deutschland nur schwer seinen Anteil an der russischen Einfuhr wird halten können.

Die Arbeitslosigkeit in Europa

In Nr. 8 der MZ brachten wir einen Teil der Untersuchung des Vertreters der Londoner News Chronicle über die Arbeitslosigkeit in Europa. Wir lassen nun das Wesentlichste seines Berichts über Frankreich und Belgien folgen. Schriftleitung.

Frankreich

Albert Dalimier, Arbeitsminister im letzten Kabinett, meint, daß eine wirkliche Lösung der Krise und Erwerbslosigkeit auch für Frankreich nur auf internationalem Wege gefunden werden könne; daß zwar sicherlich die 40-Stunden-Woche ein entscheidender Schritt wäre, daß aber, da noch nicht einmal der Achtstundentag von England, Deutschland und Japan ratifiziert worden sei, Frankreich seine Wirtschaft doch nicht einfach niederkonkurrieren lassen dürfe. So müsse man eben mit weniger wirkungsvollen Mitteln Abhilfe versuchen.

Für eines davon, die Rückkehr aufs Land, setzt sich die französische Regierung besonders stark propagandistisch und durch Umschulungskurse ein. Auch öffentliche Arbeiten, für die fast 900 Millionen Mark gebraucht würden, sieht der Haushaltsplan für 1933 und 1934 vor: etwa 5 Millionen Mark für bauliche und hygienische Verbesserungen in und um Paris, 15,5 Millionen Mark für Schutz gegen Überschwemmungen, mehrere hundert Millionen Mark für den Bau von Schulen und Spitalern, ungefähr 180 Millionen Mark für die Elektrifizierung von Bahnen und große Summen auch für die Schiffbauindustrie der Rhone, Erschließung von Wasserkraften und für Arbeiten in den Kolonien. Allerdings sind diese Pläne noch nicht etatmäßig gedeckt. Die Kosten sollen durch Ausgabe einer in dreißig Jahren zu tilgenden Staatsanleihe aufgebracht werden. Wann man sich aber an das große Werk heranwagen wird, ist noch ungewiß. Der Staatshaushalt schloß mit einem Fehlbetrag von fast 1,5 Milliarden Mark. Und selbst wenn das geplante Hilfswerk in vollem Umfang zur Ausführung kommt, es kann nur Stückwerk sein, denn in Frankreich wurden an die 14 Milliarden Mark Löhne im Jahr ausbezahlt, für das Hilfswerk sind nur rund 1 Milliarde in zwei Jahren vorgesehen.

Das französische Erwerbslosienproblem wird dadurch verschleiert, daß Frankreich viel ausländische Arbeitskräfte (ihre Anzahl wird auf 2 Millionen geschätzt) nicht nur im Hotelgewerbe, sondern auch in seinen Textilfabriken und in den Eisen- und Stahlwerken beschäftigt hat. Mindestens 300 000 von ihnen sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Die amtliche Zahl der Erwerbslosen, das heißt die Anzahl jener, die staatliche Unterstützung bezogen, betrug Ende Januar 1932 276 628. Herr Lenoir, der Sekretär der Spitzenorganisation der französischen Gewerkschaften, hält aber für gewiß, daß es in Frankreich 700 000 Vollerwerbslose und 2 Millionen Kurzarbeiter gibt. Die Unternehmerverbände nehmen die Zahl nicht so hoch an; sie sprechen von etwa 400 000. Wo die Wahrheit liegt, kann

niemand wissen. Nur soviel steht fest, daß von den 276 628 Unterstützungsempfängern 150 000, also 54 vH, allein auf das Seine-Departement fallen, in dem allerdings Paris mit 3 Millionen Einwohnern und viel Industrie liegt. Immerhin, das Seine-Departement hat 5 Millionen Einwohner, ganz Frankreich 42 Millionen. Sollte es also wirklich unter den verbleibenden 37 Millionen Franzosen nur 126 000 Arbeitslose geben?

Wenn man aber selbst die Zahl 700 000 als wahr unterstellt, auch dann noch wäre Frankreichs Proletariat besser daran als das englische oder deutsche. Die Krise hat dort viel später eingesetzt. Noch im Oktober 1931 gab es in Frankreich nicht mehr als 56 121 Erwerbslose, die Unterstützung bezogen. Schon zwei Monate später — so schnell ging es hier bergab — waren es bereits 147 000. Im Januar 1932 stieg die Anzahl auf 241 487 und im März 1932 auf 303 000. Das Tempo des Krisenanstiegs hat sich seitdem verlangsamt, ohne jedoch zum Stillstand zu kommen. Im Oktober 1931 arbeiteten nur 88,9 vH der im Jahre 1930 in den Betrieben Beschäftigten, und im September 1932 nur noch 86,9 vH der Belegschaften von 1931. Frankreich hatte in jedem einzelnen Monat des Jahres 1932 mehr Konkurse als 1929, 1930, 1931 im Laufe des ganzen Jahres.

Vor allem Paris ist eine geschlagene Stadt. Seine Luxusbetriebe, die eleganten Hotels, die Modellsalons und großen Juweliers sind zu Dutzenden dem Untergang geweiht. Wenn die Krise noch lange dauert, wird es wie ein Märchen klingen, daß diese Stadt vorerst der Mittelpunkt kostspieligen Lebens war.

Im Jahre 1931 zahlte die Stadt Paris an ihre Erwerbslosen rund 7,25 Millionen Mark, eine Summe, zu der der Staat ein Drittel beitrug. 1932 waren es fast 44 Millionen und der Staat war mit über 36 Millionen Mark daran beteiligt.

Das französische Unterstützungssystem ist nämlich in mancher Beziehung nachahmenswert. Mit dem Wachsen der Arbeitslosigkeit in einer Kommune steigt der staatliche Anteil an der Erwerbslosenunterstützung. Wenn in einer Gemeinde von tausend Erwerbstätigen zehn arbeitslos sind, ist der Staat mit 60 vH an der Unterstützung beteiligt; sind aber 20 oder 30 vom Tausend erwerbslos, dann steigt der Anteil des Staates auf 80 vH, und sind über dreißig vom Tausend erwerbslos, muß der Staat 90 vH der Unterstützung beisteuern. Dieser Schlüssel ist sicherlich sehr gerecht. Durch ihn wird vermieden, daß in den von der Arbeitslosigkeit besonders hart betroffenen Kommunen die Sätze der Wohlfahrtsunterstützung ins Unentgeltliche hinabsinken. Nach demselben Schlüssel wird auch die Zeit bestimmt, während welcher der Arbeitslose Unterstützung beziehen kann. Je nach der Zahl der Erwerbslosen in der Kommune läuft diese Frist 120, 150, 180 Tage oder unbeschränkte Zeit. Alle drei Monate wird in jeder Gemeinde der Grad, in dem sie von der Krise betroffen ist, neu untersucht.

Eine Kommission aus Unternehmern und Arbeitern entscheidet die Bedürftigkeit. Da dies von allem Anfang

Ein Flugzeugschiff im Ozean

Der frühere Frachtdampfer des Norddeutschen Lloyd Westfalen wurde von der Deutschen Lufthansa als Flugstützpunkt umgebaut. Der Dampfer soll im Frühjahr in den Südamerika-Dienst eingestellt werden. Er hat eine Länge von 125 m und eine Geschwindigkeit von 11,5 Knoten. 40 Mann Besatzung sind an Bord. Die Westfalen ist mit einem Katapult versehen, dessen Gesamtgewicht 58 000 Kilo beträgt und Flugboote im Gewicht von 14 000 Kilo abzuschleppen vermag. Am Achterdeck des Dampfers befindet sich ein Landesegel, das dazu dienen soll, die Flugboote auf hoher See an Bord zu nehmen. Sofern die Flugboote ankommen, gehen sie auf das Segel nieder, der Dampfer beschleunigt die Fahrt, dadurch wird das Segel steifgesetzt und das Flugboot etwas aus dem Wasser gehoben. Ein 13,5 m hoher Schwenkkran faßt das Flugzeug und hebt es an Bord. Nachdem das Flugzeug mit neuem Betriebsstoff usw. versehen ist, wird es auf Schienen nach vorn gebracht und von dem Katapult mit einer Stundengeschwindigkeit von 150 km abgeschossen. Der Abschub dauert 1,52 Sekunden. Die Abschubstrecke ist 32 m und die Brennstrecke 5 m lang. In 2 Sekunden schwebt das Flugzeug bereits in der Luft und umkreist das Mutterschiff.

Die Westfalen hat eine große Funkstation an Bord. Der Scheinwerfer, der bei Nacht den Flugbooten den Weg weisen

soll, hat eine Lichtstärke von 120 Millionen Kerzen. In Verbindung mit dem Luftschiff Graf Zeppelin will die Lufthansa in diesem Jahr den regelmäßigen Flugverkehr nach Südamerika aufnehmen. Es ist vom europäischen Festlande eine Strecke von 3000 km zu überwinden. Alle 14 Tage soll der Zeppelin fliegen und alle 14 Tage ein Flugboot. Somit besteht in jeder Woche Versandmöglichkeit für Fracht und Post nach Südamerika. Die Westfalen soll in der Mitte der Strecke kreuzen und den Flugbooten die Hilfe angeheihen lassen, die sie zur Überwindung der Strecke benötigen.

Folgende Route soll eingeschlagen werden: Deutschland—Spanien—westafrikanische Küste—Flugzeugschiff Westfalen—südamerikanische Küste. Als Flugzeuge werden die bekannten Dornier-Wale eingesetzt, der Typ, den auch Herr von Gronau zu seinem Weltflug benutzt hat. Jedenfalls ist dies wieder ein erneuter Versuch, mit Hilfe technischer Erfindungen Erdteile miteinander auf die schnellste Weise zu verbinden.

Das Leben in der Großstadt ist ungesund

Die Krankheitsstatistik hat bewiesen, daß die Krankheiten am zahlreichsten in den Großstädten sind. Am kleinsten ist die Zahl in den Kleinstädten, während die industriellen Landkreise in der Mitte stehen.

Das Wohnen der Menschen muß gedeht sein, und es muß getrennt sein von der Arbeitsstätte, doch mit ihr verbunden durch soziale Gestaltung des Verkehrs.

Mit fettigem Schmutz an Zeug und Händen räumt

GEG-Pressantseife

spielend auf Sie einhält ein wirksames Schmutzlösemittel



Nur aus Ihrem Konsumverein

Zeppelin-Weltfahrten

264 echte Bromsilber-Fotos: Vom ersten Luftschiff bis zu den Reisen des LZ 127 »Graf Zeppelin«. Diese neue und gegenwärtig interessanteste Bilder-Sammlung finden Sie in allen Packungen:

CLUB Deutschlands weitaus beste 3 1/3 Pfg-Zigarette

Bilderstelle Lohse, Dresden-A. 24, Nossener Straße 1

Die Bevölkerung der Welt

Das Statistische Jahrbuch des Völkerbundes für 1931/32 bringt Zahlen über die Bevölkerung der Welt und deren Verteilung auf die verschiedenen Länder. Es leben in der Welt — nach einer rohen Schätzung — 2000 Millionen Menschen. Diese Weltbevölkerung verteilt sich in vier annähernd gleiche Teile:

Das britische Reich mit 496 Millionen; Europa — ohne Großbritannien, aber mit Sowjetrußland — mit 490 Millionen, wovon ein Drittel, 162 Millionen, auf Rußland entfällt; China und Japan mit 545 Millionen. Die übrigen Länder mit 481 Millionen, darunter 124 Millionen in Nordamerika, 120 Millionen Mittel- und Südamerika, 160 Millionen in asiatischen Ländern ohne Rußland, Indien, China und Japan und 70 Millionen in Afrika ohne die britischen Kolonien.

Für die Bevölkerung des britischen Reiches ist bemerkenswert, daß nur ein Siebentel der britischen Bevölkerung Weiße sind, nämlich 72 Millionen, wovon 50 Millionen in England und Irland, 20 Millionen in Australien, Neuseeland und Kanada wohnen. Auf den übrigen Gebieten des britischen Reiches leben 424 Millionen Farbige (darunter 352 Millionen in Indien) und nur 2 Millionen Weiße. Anderthalb vom Hundert der Bevölkerung beherrscht die restlichen 98,5 vH.

Auf dem europäischen Kontinent leben 329 Millionen Menschen, die sich verteilen: Lateinische Völker in Westeuropa 112 Millionen, Deutschland und Österreich 71 Millionen, Länder in Mittel- und Südosteuropa 70 Millionen, Polen, Finnland und die Randstaaten 41 Millionen, die skandinavischen Länder, Holland und Belgien 28,5 Millionen.

Die chinesische Bevölkerungszahl wird mit 453 Millionen angegeben, die japanische, einschließlich Korea, mit 92 Millionen. (Eine neue Statistik müßte die Bevölkerung der Mandchurei von 30 Millionen von China abrechnen und Japan zuzählen!) Von den 162 Millionen Russen leben 34 Millionen in Asien.

Von den 2000 Millionen Menschen leben 1366 Millionen in unabhängigen Ländern, 30 Millionen in britischen Dominions, die ebenfalls als unabhängige Länder anzusehen sind und in welchen 8 Millionen Farbige leben, 625 Millionen in kolonialen und Schutzgebieten und 21,5 Millionen in Mandatsgebieten des Völkerbundes. Wie sich aus diesen Zahlen ergibt, befindet sich nur ein kleiner Bruchteil der Weltbevölkerung unter dem Mandatsystem, dagegen etwa ein Drittel unter unmittelbarer Fremdherrschaft. In den fremdbeherrschten Ländern stehen 412 Millionen Menschen unter der Herrschaft Englands, je 60 Millionen unter französischer und holländischer, 27,5 Millionen unter japanischer Herrschaft (ohne die Mandchurei). Die Vereinigten Staaten haben 14,5 Millionen, Belgien 10 Millionen, Portugal 8,5 Millionen, Italien 2,5 Millionen und Spanien, die einst größte Kolonialmacht der Welt, 1 Million Menschen unter ihrer Kolonialherrschaft.

Die Gebietsfläche der Welt umfaßt 132 Millionen Quadratkilometer. Davon entfallen 11,4 auf Europa, 41,9 auf Asien, 30 auf Afrika, 40,7 auf Amerika, 8,5 auf Australien. Gewaltige Unterschiede der Bevölkerungsdichtigkeit liegen vor: In Europa entfallen je Quadratkilometer 44,3 Personen, in Asien 26,3, in Afrika 4,7, in Amerika 6,2, in Australien 1,2 Personen. Einzelne europäische und asiatische Länder weisen große Bevölkerungsdichtigkeit auf. In Europa, ohne Rußland, kommen 70 Personen auf einen Quadratkilometer: 270 in Belgien, 233 in Holland, 185 in England, 137 in Deutschland, 133 in Italien, 76 in Frankreich, 22 im europäischen Rußland, 9 in Finnland und Norwegen. In Asien lauten die Zahlen: für das asiatische Rußland 2, für China 41, für Indien 74 und für Japan 169. In Amerika: für die Vereinigten Staaten 16,5, für Mexiko 8, für Argentinien und Brasilien je 4 bis 5, für Bolivien 2, für Kanada 1 Person je Quadratkilometer. In Afrika ist am dichtesten bevölkert Nigeria mit 23 Einwohnern, dann Ägypten mit 15 Einwohnern je Quadratkilometer, während andere Teile Afrikas noch sehr dünn bevölkert sind.

Schriften

Fleischlos ist nicht teuer. Von Marianne Fleischhack, mit einem Vorwort von Dr. med. Müller. Verlag M. Fleischhack, Leipzig-Mariental. Preis broschiert 1,35 M, gebunden 1,80 M. Das Kochbuch der Vegetarier mit 350 Rezepten.

Lessing als Freimaurer zur Kulturpolitik der Gegenwart. Zwei Preisschriften des Freimaurerbundes von Karl Fischer und Dr. Hans Hartmann. Verlag Bruno Zschel, Leipzig. Preis 1,50 M. — Die Humanitätsbestrebungen Lessings zur Höherentwicklung des einzelnen zum Mitmenschen und zur menschlichen Gemeinschaft stehen im Mittelpunkt dieser Betrachtungen.

Wer das übersteht

der schadet sich nach meiner Überzeugung sehr!

1. **Weißes Semdentuch**, 80 cm breit, ohne Appretur hergestellt, sorgfältig, dicht geflochten, reine Sorte, das Vollkommenste für besondere feine Wäsche. Preis je Meter nur **-.22**

2. **Weißes Semdentuch**, 80 cm br., ohne Appretur hergestellt, ganz sorgfältig, besonders dicht geflochten, reine Sorte, das Vollkommenste für bessere, überaus haltbare Wäsche. Preis je Meter nur **-.25**

3. **Weißes Watotuch**, 80 cm br., ohne Appretur hergestellt, ganz sorgfältig, besonders dicht geflochten, reine Sorte, das Vollkommenste für feine Wäsche. Preis je Meter nur **-.29**

4. **Semdenkanell**, 80 cm breit, ohne Appretur hergestellt, sorgfältig, dicht geflochten, fast unzerstörbar, gute Qualität, garantiert edelste Sorte, das Vollkommenste für feine Wäsche. Preis je Meter nur **-.26**

5. **Semdenzeife**, 80 cm breit, sorgfältig, dicht geflochten, mit etwas gewechselt, garantiert edelste Sorte, das Vollkommenste für feine Wäsche. Preis je Meter nur **-.27**

6. **Angebleichtes Baumwolle**, 78 cm breit, ohne Appretur hergestellt, gute, besonders weiche, stämmig dicke Sorte, für sehr haltbare Wäsche. Preis je Meter nur **-.18**

7. **Angebleichtes Baumwolle**, 140 cm breit, ohne Appretur hergestellt, gute, besonders weiche, stämmig dicke Sorte, für sehr haltbare Wäsche. Preis je Meter nur **-.36**

8. **Stuhltuch** aus Reinleinen gewebt, 120 cm breit, ohne Appretur hergestellt, meine beste Qualität dieser Art, weiß, besonders dicht geflochten, starke, fast unzerstörliche Qualität, ohne Appretur hergestellt, weshalb diese Qualität in der Wäsche ganz leichter und leichter mit Feinleinen, Baumwollleinen, besonders beliebten, feinen Leinen, weichen für sehr feine, beständige und für andere hochwertige Leinen besonders geeignet ist. Der richtige Stuhltuch-Gewerber, wie er im allgemeinen gewöhnlich wird, kommt bei diesem Tuch herab zum Verkauf, Preis je Meter nur **-.75**

4400 Arbeiter und Angestellte in eigenen Fabriken und der Verband-Abteilung

Diese Zeile hat jetzt ungültig, wenn diese Zeile nicht mehr existiert, aber wenn andere Zeile Zeile existieren, dann erfolgt per Nachdruck von J. W. — mit persönlicher Befragung von J. W. —

Diese Zeile hat jetzt ungültig, wenn diese Zeile nicht mehr existiert, aber wenn andere Zeile Zeile existieren, dann erfolgt per Nachdruck von J. W. — mit persönlicher Befragung von J. W. —

Josef Witt, Weiden 84 (Opl.)

Wir liefern an jeder Ecke



Tuba

Verlag, Schöner-Meister, Lubanow & Anonym, Altes Instrumentarium mit eigener Fabrikation, Spremberg (Kamitz) 3

Billige böhmische Bettfedern

— Nur reine geschlossene Sorten —
— Ein kg genau geschlossene Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Nichtraucher
Das größte Wandert
Eisgeschäft, in
Postfach 1, Friedrichs-
lager, H 554, bei Berlin

Kauft bei den Inserenten unseres Blattes

8 Jahre tuberkulös

keine Lungen und Kehlkopf, 3 Jahre lang bettlägerig, Stimme verloren, 14 Tage nach Beginn einer Kur im Hause konnte ich schon täglich 2 Stunden ausgehen, Schweiß trat sich der Zustand zurück. Kann sich wieder sportlich betreiben. Gegen Rückfälle gebe ich Aspirin. Das Mittel darf nur im Apotheken verkauft werden.

Wilk. Mederer
München 128, Markt 17

100-e Strümpfe

1. Reinleinen Seide, Merino, Baumwolle, mit feinem Plüsch. Reinleinen, Seide und Baumwolle. Schwarz, rot, blau, grün, gelb, grau, weiß. Schwarz, rot, blau, grün, gelb, grau, weiß. Preis je Paar -.45	2. Reinleinen Seide, Merino, Baumwolle, mit feinem Plüsch. Reinleinen, Seide und Baumwolle. Schwarz, rot, blau, grün, gelb, grau, weiß. Schwarz, rot, blau, grün, gelb, grau, weiß. Preis je Paar -.45	3. Reinleinen Seide, Merino, Baumwolle, mit feinem Plüsch. Reinleinen, Seide und Baumwolle. Schwarz, rot, blau, grün, gelb, grau, weiß. Schwarz, rot, blau, grün, gelb, grau, weiß. Preis je Paar -.45	4. Reinleinen Seide, Merino, Baumwolle, mit feinem Plüsch. Reinleinen, Seide und Baumwolle. Schwarz, rot, blau, grün, gelb, grau, weiß. Schwarz, rot, blau, grün, gelb, grau, weiß. Preis je Paar -.45
---	---	---	---

Zusätzlich per Nachdruck. Umsonst geschickt.

HERMANN & FROITZHEIM
Frankfurt am Main, 71.

Magen- und Verdaunungsleiden

Magenschmerzen, Sodbrennen, Blähungen, Verstopfung, Gähnen, Übelkeit, Erbrechen, Appetitlosigkeit, Schwäche, Blässe, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Schwindel, Ohrensausen, Herzbeschwerden, Nervenleiden, Rheuma, Gicht, Diabetes, Bluthochdruck, Hämorrhoiden, Leberleiden, Nierenleiden, Blasenleiden, Prostataleiden, Hämorrhoiden, Leberleiden, Nierenleiden, Blasenleiden, Prostataleiden.

100x BLOX-ULTRA-ZAHNPASTA=50x

100x BLOX-ULTRA-ZAHNPASTA=50x

Technische Prüfungen

Prüfung Sie ab, wenn Sie unsere Selbstüberprüfungs-Methode kennen. Veranschaulicht durch den Bericht Kontrollieren Prospekt erhalten Sie vom Reichlichen Lehrinstitut, Potsdam-T.C. 22